

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Sieh, das Gute liegt so nah

Erinnerungen an Zeiten, als Kindergärten noch pädagogische Einrichtungen waren **Seite 3**

■ 100 Tage Hartz IV

Resümee widerlegt Kurt Biedenkopf **Seite 4**

■ Der Genozid an den Armeniern

Gedenken an Völkermord vor 60 Jahren **Seite 8**

■ Gastkommentar Gerhard Zwerenz

Die Ehre der Blutvergießer **Seite 9**

■ Das Kriegsende in Leipzig

Nationalkomitee Freies Deutschland unterstützte amerikanische Militäreinheiten **Seite 12**

7

2005

13. Jahrgang

8. April

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

AM ENDE DES TUNNELS...



Marc Ranstetter 2005

... ist nicht immer Licht!

FÜR DEN BAU DES LEIPZIGER CITY-TUNNELS fallen allein für die Kommunalen Wasserwerke (KWL) und die Stadtwerke (SWL) zusätzliche Kosten in Höhe von 6,25 Millionen Euro an. Das sind keineswegs normale Aufwendungen für die Erneuerung der Medien, die auch bei anderen Baumaßnahmen anfallen, wie der Beigeordnete Dr. Lütke Daldrup auf eine PDS-Anfrage entgegnete. Denn beim Tunnelbau sind spezielle Lösungen für die

Führung der Medien mit entsprechenden Mehrkosten erforderlich, die, wie zu befürchten ist, künftig über die Preis- und Gebührenkalkulation an die Endverbraucher weiter gereicht werden.

Völlig inakzeptabel ist zudem das Schweigen der Stadtverwaltung über die konkreten Mehrbelastungen für die LVB durch den Neubau der Haltestellen am Hauptbahnhof und am Leuschnerplatz.

Warum lasst ihr euch blenden?

„Als kritischer Gewerkschafter kann ich nur mit Enttäuschung vermerken, dass ihr diesem ausgebufften Blender leichtflüchtig auf die Leimrute geflattert seid. Gebt euch einen kräftigen Ruck und versucht, euch selber wieder von diesem (offensichtlich immer noch recht zähen, nicht mal sozialdemokratischen) Kleber loszureißen!“ – Klare Worte von Martin Lesch (ver.di) an die Sprecher des Aktionsbündnisses erwerbsloser Leipziger nach einem Treffen mit dem amtierenden OBM, Wolfgang Tiefensee.

Klare Worte, wie sie in diesem Wahlkampf ruhig öfter hätten fallen dürfen – die aber auch nach dem 10. April ihre volle Berechtigung haben dürften. Leschs Vorwurf richtet sich vor allem gegen die unkritische Wiedergabe „der meistens mehr als vagen Tiefensee-Erklärungen“, so zur finanziellen Lage der einstigen Sozialhilfeempfänger, zur Verbesserung der Mobilität der ALG-II-Empfänger, zur angekündigten kurzfristigen Prüfung der Stadt, wie finanziell Benachteiligten der Zugang zu Bildungsangeboten unter anderem an der Volkshochschule ermöglicht werden kann.

Wie banal der „Blender“ in obigen und weiteren Fragen argumentiert und wie gutgläubig seine Zuhörer waren (und sind), macht auch folgendes Versprechen Tiefensees gegenüber den Erwerbslosen deutlich: „Es wird gemeinsam mit den Betroffenen geprüft, inwieweit sie sich an den höheren, über der Richtlinie liegenden Mietkosten beteiligen können.“

Lesch dazu: „Aha, ein Hauch von Ehrlichkeit wird spürbar; wer also ‚unangemessen‘ hohe Kosten für seine Unterkunft produziert, hat sich natürlich aus seiner fetten Grundsicherung an den die Angemessenheitsgrenze überschreitenden Kosten zu beteiligen! Jetzt muss nur noch geklärt werden, ob die ‚Beteiligung‘ im Verhältnis 50 zu 50 oder aber 5 (Kommune) zu 95 (ALG-II-Empfänger) realisiert wird.“ Schade, meint der Gewerkschafter, dass die Leute vom Aktionsbündnis da aufs Nachhaken verzichtet haben.

Aber es kommt noch toller bei Tiefensee – seine Zuhörer aber gaben sich zufrieden: „Der Mieter erhält Unterstützung bei Gesprächen mit dem Vermieter, um zu klären, inwieweit eine Minderung des Mietzinses in Betracht kommt oder eine Untervermietung von Teilen der Wohnfläche möglich ist.“

„Wie schön“, konterte allein Martin Lesch, dass Herr Tiefensee persönlich bereit ist, auf die Vermieter so lange einzureden, bis sie auf Teile der Miete verzichten oder die Erlaubnis zur Untervermietung erteilen! Der Mann muss mächtig Zeit (und vor allem viel Geduld und Ausdauer) haben ab Sommer 2005. Bei der Stadt Leipzig fehlt es z. B. infolge der ohne Lohnausgleich reduzierten Arbeitszeit schon jetzt in den meisten Abteilungen hinten und vorne an Personal, so dass außer Tiefensee wohl niemand Zeit zur Einlösung derartiger Versprechungen haben dürfte. Und der hat die Zeit wohl auch nur dann, wenn er (verdientermaßen) nicht mehr OBM ist.“

Oder er muss sie sich nehmen, wenn die Bürger denn endlich kritischer auf ihn reagieren. • WART

Scharlatan in CDU-Diensten

Offensichtlich hat Täve Schurs klare Zurückweisung der mehr als absurden und billigen Anwürfe seitens des sächsischen Staatskanzleichefs Winkler (CDU), die den integren Sportler in NPD-Nähe rückten, Unbehagen bei der Regierungspartei ausgelöst. Im Gegenzug hob nun der Dresdner „Politologe“ Werner Patzelt das Thema auf eine „theoretische“ Ebene. Er sieht einen gemeinsamen Nenner zwischen Links und Rechts und versteigt sich zu der (von der LVZ andächtig zitierten) These: „Rechtsaußen geht jene Saat auf, die die Linke jahrelang gepflegt hat.“ Es geht eben immer noch ein bisschen absurder, doch die Grenze ist überschritten, wo man Argumente dagegenhalten muss. Festzuhalten ist: Die CDU ist auf einem Niveau politischen Kultur angekommen, von dem kaum noch Wege abwärts führen, und: In Sachsens Wissensszenen müsste dringend ausgemistet werden. • **bür**

Die armen Opfer, nahe besehen

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Rechtmäßigkeit der Bodenreform ist nicht ohne das Grollen Betroffener, aber auch einiger Medien registriert worden, die sich nun zu Anwälten der 1946 Enteigneten erhoben bis hin zu der Behauptung, die entsprechende Regelung im Einigungsvertrag unter Hinweis auf Besatzungsrecht sei eigentlich ein Irrtum gewesen, damit den Richtern unterstellend, sie hätten etwas übersehen oder gar ignoriert. Immer wieder ist dabei von „Opfern der Bodenreform“ die Rede, womit das Opfer-Täter-Verhältnis völlig auf den Kopf gestellt wird. Es wird ignoriert, dass sich Großgrundbesitzer und Adelsfamilien ihren Besitz keineswegs redlich erarbeitet haben, dass sie Landarbeiter unter meist unwürdigsten Bedingungen ausgeplündert und damit ihren Reichtum vergrößert haben, dass sie stets eine Stütze reaktionärster Regimes waren, dem Militarismus huldigten und sich letztendlich in hohem Grade in den Dienst des Faschismus stellten.

Enteignet wurde der gesamte Grundbesitz über 100 Hektar und der Besitz von Kriegsverbrechern und Faschisten, unabhängig von der Größe des Besitzes. Die jahrhundertlang die Opfer waren, entledigten sich ihrer Herren, nahmen ihnen den Besitz als Grundlage von Parasitentum und Machtausübung. • **GÜNTER LIPPOLD**

Lüge als täglich Brot

Politiker leben und überleben (eine Weile) durch zwanghaften öffentlichen Optimismus, der ohne jegliche Bindungen zu den Realitäten frei im Raume schwebt. Nachdem Kohl und Waigel daran gescheitert sind, spielen mittlerweile Schröder, Eichel und Clement diesen Part – eher schlechter denn besser. Zugenommen hat das bei den Bürgern dabei vorausgesetzte Maß an Unwissenheit und Verstandesschwäche. Der Wirtschaftsminister erklärte nach der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen vom März – und konnte dabei ganz ernst bleiben: „Der leichte Rückgang zeigt, dass wir den Zenit der überaus hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland überschritten haben.“ Das ist eine geballte Ladung Lügen. Denn jedes Jahr geht die Arbeitslosigkeit im März leicht zurück, und der Rückgang war mit 0,2 Prozentpunkten nicht größer als in den vergangenen Jahren. Die andere Seite der Medaille ist, dass dieser jahreszeitlich bedingte Rückgang auf ständig höheren Niveau erfolgt. • **KURT RECHT**

Sprecher der Jäger

Dass die „Leipziger Volkszeitung“ den zweiten Teil ihres Titels seit 1990 Schritt für Schritt verwirkt hat und zu einem Blatt der Konzerninteressen mutierte, ist heute nahezu aus jeder Seite herauszulesen. Aber es gibt Höhepunkte und Steigerungen, bei denen das so augenscheinlich wird wie ein Sonnenaufgang. Im Leitartikel vom 23. März feiert sie, dass die Deutsche Lufthansa die Schweizer Fluggesellschaft Swiss geschluckt hat und sieht dieses Ereignis – wie auch einige analoge – als Kurswechsel deutscher Wirtschaftsexpansion: „Die Zeiten, in denen deutsche Firmen nur die Gejagten waren, sind vorbei. Inzwischen sind sie wieder dazu in der Lage, im Spiel um Marktanteile mitzumachen und als Jäger für Furore zu sorgen.“ Was das Volk davon hat – diese Frage stellt sich für die LVZ nicht, sie ist ja auch keine Volkszeitung. • **G. L.**

Für den 10. April: Barabara Höll – OBM-Kandidatin mit Herz und Verstand



INFORMATIONSTÄNDE, DISKUSSIONSRUNDEN im kleinen Kreis, Foren in großen Sälen. Dazu Stunden vor dem Computer, um all die Fragen und Briefe zu beantworten, die in der Mail-Box und auf dem Schreibtisch liegen – Wahlkampfzeit ist hart. Barabara Höll, die demokratische Sozialistin steht für den kleinen Unterschied, der wahrlich größer ist als man denkt. Allein die zehn Grundsätze für ihr Amtsverständnis, wären es wert, jedem, der künftig diese Stadt regiert, ins Stammbuch

geschrieben zu werden. So gehört zu ihren Zielen ein gemeinsam mit den Bürgern entwickeltes Leitbild für die Stadt, ein roter Teppich für Familien mit Kindern statt fehlender Krippenplätze und unsanierter Kitas, mehr Integration von Ausländern statt genehmigter Naziaufmärsche, Stadtbau als Chance für das Zusammenleben der Generationen statt konzeptionsloser Abriss – und auch ein gläsernes Rathaus statt verfilzter Hinterzimmer. Foto: Märker

Aussitzen ist kein Mittel gegen Feinstaub

LN. Wie ist es möglich, dass das städtische Unternehmen LVB neue Busse mit Dieselantrieb ohne Filter kaufte? Damit wird der ÖPNV einer der Hauptverursacher für den Feinstaub in Leipzig. Wäre uns das trockene Wetter erhalten geblieben, stünde Leipzig vor dem Tag X – 35 Tage hintereinander im Überschreiten der Feinstaubnorm! Offensichtlich will der Oberbürgermeister das Problem aussitzen. In Leipzig wird seit etwa fünf Jahren Feinstaub gemessen, die Situation ist dem Regierungspräsidium, dem Freistaat und dem Bund bekannt. Es ist nicht zu akzeptieren, wenn die Stadt die Klage betroffener Bürger einfach abwartet.

Die PDS-Stadtrats-Fraktion tritt jetzt notgedrungen dafür ein, dass die LVB die Förder-

mittel für die Nachrüstung der Busse bekommen. Als kurzfristig notwendig angesehen werden: die Nassreinigung der Straßen, eine Begrenzung des LKW-Verkehrs, sowie Sonderangebote der LVB, um Bürger wieder zum Umstieg auf Bahn und Bus zu bewegen.

Eine Sperrung der betroffenen Strecken hätte nach Meinung der Demokratischen Sozialisten nur eine Verlagerung des Problems zur Folge. Das Verkehrswirrwarr würde in der derzeitigen Umleitungssituation zum Verkehrschaos! Mittelfristig sei das Schwarzdeckenprogramm zu aktivieren. Straßenreparatur müsse Priorität vor jedem Neubau im Freistaat haben. Ordentliche Schwarzdecken mildern den Abrieb und damit den Feinstaub.

Vorsorgeuntersuchungen blieben aus

LN. Auf Anfrage der Leipziger PDS-Fraktion musste der Beigeordnete Burkhard Jung mitteilen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung auf Seh- und Hörstörungen sowie motorische und Sprachauffälligkeiten – in der Regel im 4. Lebensjahr fällig – in 34 Einrichtungen nicht durchgeführt werden konnte. Gründe seien personelle und sächliche Probleme.

Das Ausbleiben solcher Vorbeugungsuntersuchungen ist mehr als verantwortungslos, wenn man bedenkt, dass bei 37 Prozent der untersuchten Kinder die Sprachentwicklung auffällig ist und rund 50 Prozent davon eine Empfehlung zur weiteren Diagnostik und Therapie ausgesprochen bekamen.

Die PDS fordert die Stadtverwaltung auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass die gesetzlichen Vorgaben, die eine Untersuchung für alle Kinder in Kindertagesstätten vorschreibt, eingehalten werden.

Grundgesetzlicher Widerstand!

„Flagge zeigen: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen!“ Unter diesem löblichen Thema hatte das „Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V.“ am 30. März in das Neue Leipziger Rathaus eingeladen. Der Grundtenor war: Kurzfristige Betroffenheitskundgebungen reichen nicht mehr aus, da es in Deutschland zunehmend rechtsextreme Tendenzen und Strukturen gibt, die nicht nur an den Rändern der Gesellschaft Rückhalt finden. Was hierzu Wolfgang Thierse und Manfred Stolpe und vor allem Rainer Höppner zu sagen hatten, dem konnte man sehr zustimmen. Letzterer betonte, dass der Einzug rechtsradikaler Parteien in die Parlamente eine immer noch unterschätzte Gefahr mit nachhaltigen Wirkungen ist. Gegenstrategien wurden erörtert, über derartige Erfahrungen berichtet.

Dennoch, und das wurde in der freien Diskussion kritisch vermerkt, der Bezug auf das Grundgesetz, auf das Potsdamer Abkommen und auf die mit den 2 plus 4 Verhandlungen eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen fehlten generell. Daher lautete die Forderung eines Diskussionsteilnehmers: „Wir brauchen einen grundgesetzlichen Widerstand!“ • **K. SCH.**

Warum sollten ausgerechnet DDR-Kindergärten und -Kindergärtnerinnen von den heute allgemein üblichen Umdeutungen und Delegitimierungen verschont bleiben? So kann man zwar sachlich erfahren, wenn man ein bisschen im Internet surft, dass im „Programm für die Bildungs- und Erziehungsarbeit“ der DDR die pädagogischen und hygienischen Grundsätze verbindlich festgelegt waren, nach denen der Tagesablauf, die körperliche Bewegung, der Aufenthalt im Freien, die gesunde Ernährung, der Mittagsschlaf, die Gesundheitskontrollen zu gestalten waren. Aber empört grantelnd geht es weiter: „Dabei wurde davon ausgegangen, daß durch die Einhaltung eines festen Tagesablaufes positive Wirkungen auf alle physiologischen Prozesse im Organismus und den Zustand des Nervensystems der Kinder ausgehen. Diese Auswirkungen eines geordneten Tagesablaufes wurden in medizinischen, physiologischen und psychologischen Untersuchungen in der DDR nachgewiesen. Die individuell sehr verschiedenen Lebensbedürfnisse der Kinder nach Essen, Trinken, Schlafen, Rückzug und Bewegung blieben dabei weitgehend unbeachtet.“

Das sitzt! – Nur leider, seit PISA weiß man und sagt es

Sieh, das Gute liegt so nah

manchmal auch schon sehr deutlich: die heutigen Erstklässler besitzen im Vergleich zu denen einst in der DDR nicht nur wesentlich schlechtere feinmotorische Fähigkeiten (das wirkt sich aus beim Malen, beim Schneiden, beim Stricheziehen), sondern sind generell viel zu häufig nicht reif für die Schule – zu schlecht vorbereitet und auch gesundheitlich und sportlich nicht gerade gut drauf.

In einer „Kindergarten-PISA“ genannten Untersuchung wird die mangelnde Forschung im Bereich frühkindlicher Bildung kritisiert. Die OECD-Experten registrierten, dass es in Deutschland mehr Professorenstellen für japanische Sprache als für frühkindliche Bildung gebe. Das heißt, die Bundesrepublik ist vom internationalen Standard frühkindlicher Pädagogik weit entfernt. Und: Das Niveau der Qualitätsanforderungen, die die Bundesländer bislang an die Kindergärten stellten, ist viel zu niedrig.

Nun schielt man neidisch nach Finnland und beißt sich eher die Zunge ab als zuzugeben, dass die Nordländer so ziemlich alles Positive ihrer Vorschulerziehung von

der DDR übernommen haben.

Es gibt ja hierzulande auch keine Kindergärtnerinnen-ausbildung mehr. Schlimmer: die Kindergärtnerinnen der DDR, hochqualifiziert mit wissenschaftlichem Rüstzeug über Kinder zwischen drei und sechs Jahren, verloren von heute auf morgen ihre Abschlüsse. Sie hatten einen halbjährlichen Allround-Chrashkurs zum „staatlich geprüften Erzieher“ zu absolvieren, der sie angeblich reif machte für die Erziehung und Betreuung von Kleinstkindern bis zu Hortkindern ebenso wie älteren geistig Behinderten. Das ist bundesdeutsche Beliebigkeit, mit dem Wertvollsten umzugehen, den Kindern – gleich welchen Alters. Als wenn es da nicht riesige pädagogische Unterschiede gäbe. „Ich jedenfalls“, sagt Marlies Daniel, „hätte mir nicht ernsthaft zugetraut, nun plötzlich, nach den paar Unterrichtsstunden, beispielsweise mit älteren Heimkindern richtig umgehen zu können.“ So wie sie es ein Berufsleben lang mit ihren Schützlingen im Kindergarten konnte.

Über diese Zeit, über ihre Erfahrungen sprachen wir. Und ehrlich, es kam Wehmut auf – und sogar ein bisschen Hoffnung: So viel Gutes kann nicht ewig in der Schublade bleiben.

• mx

Noch gibt es sie, die solide ausgebildeten und meist auch hochmotivierten Kindergärtnerinnen aus DDR-Tagen. Aber es werden immer weniger und so bleiben halt nicht nur im Sport die Medaillen aus. Leicht haben es die noch Verbliebenen kaum. Nicht selten werden sie konfrontiert und manchmal sogar in die Enge getrieben mit Begriffen wie „Wohlfühlkindergarten“ – was etwas ganz anderes sei als das in der DDR praktizierte.

Was heißt Wohlfühlkindergarten hier und

Von **MAXI WARTELSTEINER**

heute? Zuerst wohl: Kinder machen das, wozu sie Lust haben, und sie machen nichts, wozu sie keine Lust haben. Zu einem geordneten Tagesablauf haben Kinder meistens gar keine Lust. Also fällt er weg. Zu bestimmten Pflichten wie Tischdecken oder Blumengießen sind sie auch nicht immer freiwillig zu bewegen. Also fällt dieser „Zwang“ weg. Manche wollen partout nicht malen, zeichnen oder basteln, also wird es ihnen erlassen. Bälle fangen fällt Kleineren oft schwer. Warum es also dann tun? Körperpflege? Klar, auf das Zähneputzen wird sorgfältig geachtet. Aber alles andere ist Sache einer guten oder weniger guten Erzieherin, die allerdings hochtrabend Sozialpädagogin heißt. Spielen ist angesagt. Aber auch Spielen will von Zeit zu Zeit organisiert, gelenkt sein – was so entsetzlich nach sozialistischer Kollektiverziehung klingt! Kreisspiele, Rollenspiele, didaktische Spiele – wo gibt es die noch? Auf jeden Fall kommen sie zu kurz.

Kinder sind frei im heutigen Kindergarten. Beschäftigungen, Zeiten also, in denen im DDR-Kindergarten spielend, aber doch konsequent gelernt wurde – das grammatikalisch richtige, laute Sprechen zum Beispiel, das phantasie- und wortreiche Erzählen oder das Umgehen mit Mengen, aber auch das Werfen und Fangen, kontinuierlich aufgebaute vorschulische Sportübungen waren, bis die erste PISA-Studie ein Alarmzeichen setzte, regelrecht verpönt. Aber änderte sich etwas? Dabei war Deutschland mit seinen bürgerlichen Pädagogen von Fröbel bis Diesterweg schon viel weiter. Denn die forderten, was in der DDR beim Wort genommen wurde, bereits eine einheitliche, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärtsgegliederte Volksbildung. Wobei der Kindergarten für diese Re-

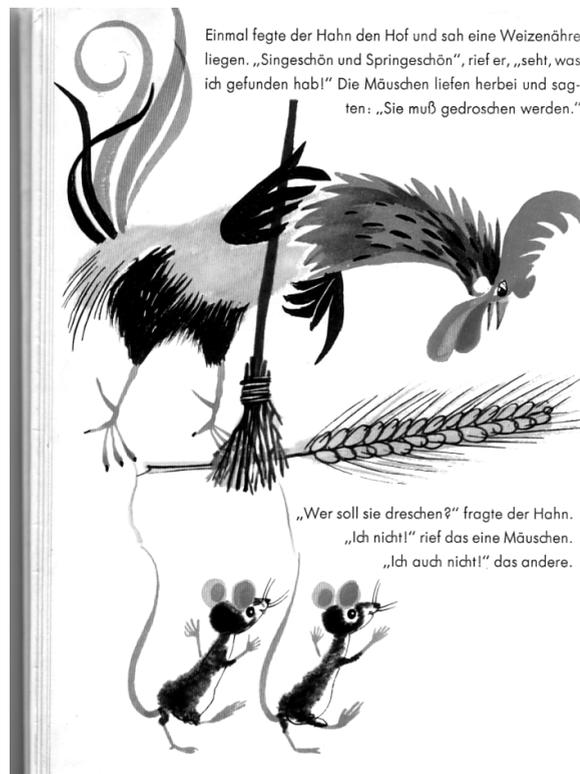
former das Fundament eines einheitlichen Nationalerziehungssystems war.

Marlies Daniel, ein bisschen vor der Zeit ausgeschieden, hat bis zum letzten Tag versucht, ihre langjährigen Bildungs- und Erfahrungserfahrungen umzusetzen. Sie schwört auf die Beschäftigungen, die je nach Alter der Kinder bis zu zwanzig Minuten dauerten, Turnen etwas länger. Ihr ging es immer darum, den ihr Anvertrauten ein Umfeld zu schaffen, in dem sie sich selbstverständlich wohlfühlten, in dem sie geistig gefordert und gefördert wurden, sich aneinander reiben und sozial entwickeln, in dem sie eine gefühlsbetonte Beziehung zu ihrer Umwelt entwickeln konnten. Dazu schrieb sie täglich auf, mit welchen Methoden sie welche Ziele erreichen will, überlegte sie, worauf dabei aufzubauen ist, was die Kinder schon können, was bei wem weiterentwickelt, was bei anderen erst einmal nur vertieft werden muss. Das war durchaus sehr individuell angelegt. Wenn auch manchmal bürokratisch ausartend. Aber immer noch besser als abzuwarten, was der Tag so bringen möge.

Wenn bei Marlies Daniel ein Mädchen die Hände auf dem Rücken verschränkte und einfach den Pinsel nicht anfassen wollte, dann überlegte sie, was dahinter stecken könnte. Wurde die Kleine vielleicht einmal geschimpft, weil sie den Pinsel nicht richtig hielt oder weil sie das Malwasser umschüttete? Ist sie feinmotorisch einfach noch nicht so weit? Also setzte sie da an, redete gut zu, machte vor, überzeugte, half zu einem ersten kleinen Erfolgserlebnis ... Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen nun einmal anerzogen werden. Und am Nachmittag, im freien

Feiertage des Gefühls

Erinnerungen an Zeiten, als Kindergärten noch pädagogische Einrichtungen waren



Einmal fegte der Hahn den Hof und sah eine Weizenähre liegen. „Singschön und Springeschön“, rief er, „seht, was ich gefunden hab!“ Die Mäuschen liefen herbei und sagten: „Sie muß gedroschen werden.“

„Wer soll sie dreschen?“ fragte der Hahn. „Ich nicht!“ rief das eine Mäuschen. „Ich auch nicht!“ das andere.

Seite aus dem vielgelesenen Kinderbuch vom „Hähnchen Schreihals“, einem ukrainischen Volksmärchen, erschienen im Kinderbuchverlag Berlin

Spiel, zeigte sich dann, ob Samen gelegt wurden, wo noch ein bisschen unterstützt werden muss ... So kommt Freude bei den Kindern auf. Eine sowjetische Wissenschaftlerin nannte die Freude in einer Arbeit über Vorschulpädagogik übrigens „Feiertage des Gefühls“. Ohne sie seien die Kleinen nicht zu erziehen. Soviel zum wirklichen Wohlfühlkindergarten. Einmal hatte Marlies Daniel einen Jungen, bei dem jeder Versuch, ihn an den Beschäftigungen heranzuführen, scheiterte. Die Mengenlehre – also zu begreifen, wenn man von drei Stiften einen wegnimmt, dass man dann einen weniger hat, oder dass für fünf Katzen ein Napf fehlt, wenn nur vier da sind – ging nicht in seinen kleinen Kopf. Aber praktisch veranlagt war er, hilfsbereit sowieso. An seinem Arbeitseifer galt es anzusetzen, ihn zu fordern, seine guten Anlagen zu wecken. Er wurde ein guter Arbeiter. Hätte er allein mit dem freiheitlichen Wohlfühlkonzept eine solche Chance,

solche Aufmerksamkeit?

Alles wirkt komplex – eine Grundweisheit. Deshalb sollen Kinder beizeiten auch be-

stimmte disziplinarische Zwänge akzeptieren. Lernen, die Zeit einzuteilen, Tagesabläufe beherrschen, das sind wichtige Grundlagen fürs spätere Leben, davon geht Marlies Daniel keinen Deut ab. Also werden Spielsachen nach dem Gebrauch aufgeräumt. Wobei schon alles seinen festen Platz haben muss, das erleichtert Kindern, Ordnung zu halten. Nach der Wende kam es plötzlich vor, dass Mütter ungeduldig irgendwann in der Tür standen und ihre Kinder riefen, mitten aus dem Spiel heraus. Nein, zum Aufräumen sei keine Zeit.

Was Hänschen nicht lernt ...

Wenn heute immer mehr Kindern mangelnde Schulfähigkeit attestiert wird, dann hat das exakt damit zu tun, dass sie sich nicht früh genug, nicht altersgerecht bestimmte Fertigkeiten und Fähigkeiten aneignen konnten. Ob das wie in der DDR mit Quartalsplänen oder anderweitig fundiert geschieht, sei dahingestellt.

„Wir haben den Kindern nie einfach einen Baukasten vorgesetzt. Zuerst bin ich mit ihnen raus und hab an einem Haus gezeigt, was eine versetzte Fuge ist oder wie Ecken gemauert sind. Dann haben wir gemeinsam Versuche angestellt, wie leicht eine Mauer einstürzt, wenn man die Steine nicht versetzt legt. Erst dann kamen die kleinen, phantasiebegabten Baumeister richtig zum Zuge. Wir haben auch nie einfach eine Geschichte oder ein Gedicht vorgelesen, das viele schnell nachsprechen, sondern überlegt, ob da Worte vorkommen, die den Kindern fremd sind. *Flaum* zum Beispiel ist so ein seltener Begriff, der aber in der literarischen Sprache vorkommt. Da darf man nicht drüber weggehen.“

Überhaupt die Kinderbücher. Was für ein Reichtum, wieviel Solidarität, wieviel Liebe zu Tier und Mensch, wieviel Lebensweisheit wurde da vermittelt. Marlies Daniel schleppt einen Stapel an und schwärmt: „Elisabeth Shaws *Die Schildkröte hat Geburtstag* kannten meine Kinder alle – zudem hat es erzieherischen Wert für die Eltern. Grimms Märchen oder Prokowskys Kinderoper *Peter und der Wolf* mochten wir alle auch sehr. Nach der Wende kamen andere Bücher. So gab es in einer gewiss niedlichen Geschichte zwei Hunde in unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellungen ... Wär' mir im Traum nicht eingefallen, den Kindern so etwas als normal anzubieten.“

Digitalisiertes Planwerk für Leipzig

Neben dem Bau von zahlreichen Straßen oder „Park and ride“-Plätzen, der bereits vor der Vollendung stehenden Sanierung des Wohnhochhauses Wintergartenstraße oder der vorgesehenen Sanierung der nördlichen Seite der Jahnallee-Bebauung von Anfang der 50er Jahre zählt auch das in einer Ausstellung in der Dresdner Bank vorgestellte „Planwerk zur Stadtraumentwicklung bis 2015“ zu den konkreten Ergebnissen der Leipziger Olympiabewerbung. Kernstück des Planwerks ist der dreidimensionale, digitalisiert erstellte Plan. Mit ihm können die vorhandene Bebauung und vorgesehene Planungen farblich unterschiedlich für historische Zeitpunkte der Stadtentwicklung in den Jahren 1860, 1890, 1940, 1950, 1960, 1989 und gegenwärtig bis 2015 dargestellt werden. Vergleichbares gibt es zumindest in Deutschland bisher noch nicht. Ein Kollektiv um den in Berlin und Hannover tätigen Prof. Michael Braum erstellte in Zusammenarbeit mit der Firma form @ aus Berlin eine Datei, die als 3D-Datei 5,33 Millionen sowie als 2D-Bestandsplan 4,1 Millionen Polygone umfasst, die von einem Großrechner bearbeitet werden können. Stadtteile und Quartiere können aus dem Plan „gezoomt“ und in eine Form gebracht werden, die auch für Laien sofort anschaulich ist. Auch wurden aus dem Planwerk bereits Konzeptpläne zur Siedlung-, Verkehrs- und Freiraumentwicklung sowie für den öffentlichen Raum entwickelt. Aufgenommen wurden Ergebnisse der Olympiaplanungswerkstätten mit Themen wie „Olympische Allee und Promenadenring“ (Jahnallee bis Stadtzentrum), „Kultur des Ankommens“ von Miltitz über Lützner Straße bis Cottaweg und „Alte Elster und Stadthafen“ (Freilegung der Flussarme im Bereich Bachviertel und Sportforum). In der Presseinformation wird erläutert: „Von Beginn an alternativ auch ohne Olympia-Kontext denkbar, konnte der Plan nach dem ‚Aus‘ für Leipzigs Olympiabewerbung im Mai 2004 ohne wesentliche Abstriche weiter entwickelt werden.“ Andersherum wird ein Schuh draus. Wenn dem nicht so wäre, hätten die Olympiaplanungen ihr Thema verfehlt. Denn das IOC fordert für Olympiaplanungen immer die Nachhaltigkeit. Mit mehreren konkreten Vorhaben, die wie Arena Leipzig, das Zentralstadion und der Sporthallenkomplex des Sportgymnasiums bereits realisiert wurden, der Erneuerung von Trainingsstätten wie der Leplay-Sporthalle oder dem Neubau von Trainingsstätten für den Leistungssport auf der Nordanlage des Sportforums wird das Konzept bereits umgesetzt.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Am 10. April finden in Leipzig Oberbürgermeisterwahlen statt. Zugleich markiert dieser Sonntag den 100. Tag des Inkrafttretens des Hartz-IV-Gesetzes. Beide Ereignisse hängen nur auf den ersten Blick nicht miteinander zusammen, denn zumindest die Leipzigerinnen und Leipziger haben die Chance, mit ihrem Wahlverhalten kund zu tun, was sie von der großspurig angekündigten „Reform des Arbeitsmarktes“ halten. Natürlich werden am 10. April in erster Linie Personen gewählt, aber die aussichtsreichsten Kandidaten gehören zugleich den großen Parteien an, die sich zu den Hartz-Gesetzen sehr unterschiedlich verhalten haben. Während Wolfgang Tiefensee als einziger Ostdeutscher der Hartz-Kommission angehörte und so erheblich Mitverantwortung für den bislang tiefgreifendsten Sozialabbau in der deutschen Nachkriegsgeschichte trägt, hat sein CDU-Konkurrent Robert Clemen im Landtag eher noch zur Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen beigetragen. Allein Barbara Höll kann für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Partei, die PDS, nicht nur von Anfang an gegen den Hartz-Kurs war, sondern mit der Agenda Sozial auch ein alternatives Gegenkonzept entwickelte, um dem in der Tat vorhandenen Reformstau in Deutschland zu begegnen. Zudem haben sich die von der PDS getroffenen Voraussagen nicht als Schwarzmalerei erwiesen, sondern leider vollauf bestätigt.

„Kurt der Weise“

... So titelte eine große Dresdner Zeitung am 31. März einen Beitrag über die von Kurt Biedenkopf gezogene Zwischenbilanz zu Hartz IV. Im Kern, so Biedenkopf, sei die Reform richtig und erfolgreich; bestenfalls müssten Details korrigiert werden. Da weitere Massenproteste ausblieben und mit diesen auch künftig nicht zu rechnen sei, hätten die Betroffenen Hartz IV akzeptiert. Schließlich könne ja nur das verteilt werden, was vorher erarbeitet wurde. Recht hat der ehemalige sächsische Ministerpräsident in seiner Altersweisheit. Allerdings tastet er die Verteilungsmechanismen, die in Deutschland mehr denn je von unten nach oben verlaufen, schon deshalb

nicht an, weil er dann zum Verräter seiner „Klasse“ würde. Daher bleibt Kurt Biedenkopf auch in einseitiger Wahrnehmung der Schicksale von ALG-II-Betroffenen befangen und kann sich nicht so recht erklären, weshalb in Sachsen nicht nur 278 000 Betroffene, sondern mittlerweile 346 000 offiziell registriert sind. Noch nicht einmal mitgezählt sind jene, die gar keine finanziellen Leistungen erhalten. Hatte Biedenkopf Anfang des Jahres noch beklagt, dass kaum Widersprüche gegen die die erlangenen Bescheide eingegangen seien, so musste er sich nun zumindest teilweise korrigieren. In

sächsischen Landesregierung, die für die Weiterleitung der Bundeszuschüsse an die Kommunen zuständig ist, einen finanziellen Kollaps für die Messestadt abwenden. Dennoch rechnet die Stadtverwaltung mit Verlusten durch Hartz IV in zweistelliger Millionenhöhe, wahrlich keine Wahlkampfunterstützung für Tiefensee, auch und gerade nicht von seinem Genossen Thomas Jurk, der als stellvertretender Ministerpräsident in Sachsen für Arbeitsmarktpolitik zu-ständig ist. So bleibt Wolfgang Tiefensee fast wortgleich wie 1998 die hohe Arbeitslosigkeit in Leipzig zu beklagen und nach Erklärungen zu suchen, weshalb

100
Tage
Hartz IV

Weissagungen und Irrtümer

Deutschland sollen es inzwischen mehr als 200 000 sein. Für Sachsen gibt es noch keine genauen Angaben; aber hier wird mit mindestens 30 000 gerechnet. Wer, wie der Autor, bisher Hunderte Beratungen zu Hartz IV durchgeführt und so viele Einzel-schicksale hautnah kennen gelernt hat, weiß auch, dass beileibe nicht alle Widersprüche registriert wurden und die größten Fehler auf dem so genannten kleinen Dienstweg abgestellt wurden. Aber sich umfassend vor Ort zu informieren, das war die Sache von Kurt Biedenkopf noch nie.

„Wolfgang der Irrende“

Eine solche Schlagzeile muss erst noch gedruckt werden. Aber in ihr steckt viel Wahrheitsgehalt. Noch kur vor den letzten Bundestagswahlen zog der Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee durch die Lande und pries die Segnungen des Hartz-Konzeptes. Die Arbeitsvermittlung würde einen Aufschwung nehmen und vor allem die Kommunen hätten davon beträchtliche Vorteile. Bis zu 30 Millionen Euro könnte allein Leipzig jährlich an Sozialausgaben sparen. Nichts davon ist heute geblieben. Nur mit komplizierten Nachverhandlungen konnte Leipzig bei der

es bei seinem Amtsantritt knapp 30 000 Arbeitslose gab, während es inzwischen mehr als 52 000 sind.

Und die PDS...?

Die PDS bleibt bei ihrer Position, dass die Hartz-Gesetze weder einen Wirtschaftsaufschwung bringen noch neue Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen und daher zurück genommen werden sollten. Dafür gibt es gegenwärtig allerdings keine Mehrheiten, so dass es wenigstens darum gehen muss, die schlimmsten Auswirkungen zu beseitigen. Deshalb wird die Landtagsfraktion im April einen Antrag auf die Tagesordnung setzen, um die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat für eine Anhebung der Regelsätze des ALG II auf mindestens 400 Euro deutschlandweit einzutreten, den für das Einkommen zu berücksichtigenden Freibetrag der so genannten Bedarfsgemeinschaft beträchtlich anzuheben, die Zumutbarkeit für Arbeit nach früher geltenden Kriterien zu verändern und den eklatanten Vertragsbruch gegenüber Arbeitnehmern ab vollendetem 58. Lebensjahr schnellstens zurückzunehmen. Darüber hinaus werden wir auch in Leipzig darauf achten, dass es nicht zu Massenumzügen kommt.

• DIETMAR PELLMANN

SO SEHE ICH DAS

Es fällt einem selbst 15 Jahre nach Integration in die Bundesrepublik zuweilen schwer zu begreifen, was im öffentlichen Raum so alles geschieht oder nicht geschieht.

Im Leipziger Musikviertel, auf einem bisher ungebautem Areal von etwa 120x120 Metern, wurde Ende vorigen Jahr entsprechend dem (räumlichen) Bebauungsplan begonnen, ein einzelnes – man kann auch sagen: vereinsamtes – mehrstöckiges Wohngebäude zu errichten. Inzwischen war dort Richtfest. Das Geviert bietet aber Raum für acht oder zehn derartige Gebäude. Auf einem Einwohnerforum gefragt, in welchem Zeitraum die Bebauung des Areals abgeschlossen sein soll, klärte ein Sachkundiger aus dem



Rathaus den unbedarften und wohl noch zu sehr den DDR-Praktiken verhafteter Bürger auf. Sinngemäß und etwas salopp formuliert: Sobald sich ein Bauwilliger meldet, geht es vielleicht weiter ... Doch wer allein in den letzten fünf Jahren beobachtet hat, was in diesem zentrumsnahen Wohngebiet an privaten Bau-

des DDR-Ministerrates in der Schwärchenstraße, mit der Rennbahn und ihren Bauten, mit der seit langem leerstehenden Schule in der Telemannstraße, mit den ehemaligen Gebäuden der Theaterhochschule? Sie dümpeln vor sich hin. In allen Fällen gab kaum mehr als ratloses Schulterzucken.

Gestaltungsschwäche

vorhaben angekündigt und nach geraumer Zeit wieder abgeblasen wurde, wird angesichts einer solchen Gestaltungsstrategie oder besser: Gestaltungsschwäche nicht sicher sein können, dass man hier in zehn Jahren zu Stuhle gekommen ist. Ähnlich verhält es sich ja, um nur ein Beispiel aus der Innenstadt zu nennen, bei der zu einem Viertel fertigen Randbebauung des Museums der bildenden Künste, über die heute keiner mehr spricht.

Es gab eine Reihe weiterer Fragen von Einwohnern des Musikviertels. Was geschieht mit dem ehemaligen Gästehaus

Natürlich kann es in einer Zeit sich ständig verknappender kommunaler Kassen und der zwangsweisen Dominanz des Abrisses (wohlklingender: Rückbau oder Stadtbau), als unfair angesehen werden, solche Fragen zu stellen. Aber ist denn in den letzten 15 Jahren je planmäßiger gebaut worden? Der Unterschied ist doch nur, dass sich die Planlosigkeit anders äußerte. Da baute man Anfang der neunziger Jahre wie wild, um dann nach Mietern für Wohn- und Gewerberäume Ausschau zu halten. Da sich mittlerweile das Blatt bei Arbeitsplätzen und Bevölkerungsentwicklung zum Schlechteren

gewandelt hatte, finden wir noch heute allerwärts gewaltige Investruinen und leerstehende Wohnungen auch in Neubauten. Leipzig ist nach wie vor Spitzenreiter beim Leerstand.

Sicher, planloses Projektieren und Bauen ist weithin Praxis in der Bundesrepublik, aber hat die Stadt keine Möglichkeiten, über diesen Schatten zu springen, sich von Kapital-Allüren weitgehend unabhängig zu machen, Vorhaben eigenständig mit kommunalen Kräften zu realisieren, die Stadt wirklich zu gestalten?

Gründliches Umdenken fällt schwer. Aber Leipzig braucht neue Konzepte. Wenn es die alten Kräfte nicht schaffen, müssen neue an die Spitze. Wenn Barbara Höll in ihren Wahlaussagen für „ein mit der Bürgerschaft entwickeltes Leitbild für Leipzig statt eines Sammel-suriums“ plädiert und dafür, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen und sie zu mobilisieren, statt auf Hilfe von außen zu hoffen, sowie den Stadtbau als Chance zu sehen für die Stadtgestaltung, statt nur abzureißen, trifft das den Kern der Sache.

• GÜNTER LIP-

Nachgedanken zu einer Stadtratssitzung

Statt den Schülerrückgang zu nutzen, um die pädagogischen Rahmenbedingungen zu verbessern, wird blind gegenüber der realen Lage eine Schule nach der anderen geschlossen. Zur Leipziger Stadtratssitzung am 23. März 2005 standen erneut mit der 83. Mittelschule, der Heinrich-Heine-Mittelschule, der 54. Mittelschule, der Helmholtz-Grundschule sowie der Lene-Voigt-Mittelschule fünf Schulen zur Schließung an. Übrigens, den Eltern und Schülern, die vor Jahren an die Heinrich-Heine-Mittelschule gewechselt waren, hatte man versprochen, dass sie ein „sicherer Standort“ sei! Zudem ist die Aussage der Elternvertreter der Heinrich-Heine-Schule nicht zu widerlegen, dass bis zum Schuljahr 2006/2007 in Paunsdorf mindestens drei, eher vier neue 5. Klassen benötigt werden. Und ab Schuljahr 2007/2008 kann von einem deutlichen Aufwärtstrend für ein bis zwei weitere Mittelschulklassen ausgegangen werden.

Völlig unberücksichtigt bleibt bei den derzeitigen Mittelschulschließungen auch, dass „dank“ des gegliederten Schulsystems mit seiner frühzeitigen Leistungsdifferenzierung im vergangenen Schuljahr im Regierungsbezirk Leipzig 900 Schüler die Gymnasien wieder verlassen mussten. Davon mehr als 400 in Leipzig. Dieses schulpolitische Desaster bedeutet vor allem seelisches Leid für Kinder und Jugendliche. Aber auch: Nicht wenige Mittelschulen, die in der 5. Klasse mit 21 Schülern anfangen, sind in der 8. Klasse bei 28 Schülern angelangt. Die Mittelschule verkommt immer mehr zur Restschule, das Bildungsniveau wird dadurch nicht besser, von Chancengleichheit kann nach wie vor keine Rede sein. • mx

Von den 456 Mittelschulen in Sachsen erreichen 300 nicht mehr die notwendige (das heißt, die willkürlich festgelegte) Schülerzahl, weshalb die Hälfte davon geschlossen werden soll. Im Regionalschulbereich Leipzig, so wurde verlautbart, betreffe das von den von 87 Schulen 30, da sie nicht die Grenze von 40 Anmeldungen erreichen würden. Aber auch zehn Gymnasien sollen der Schließung zum Opfer fallen.

Es ist Eltern nicht vermittelbar, heute ein Kind beispielsweise in Stötteritz und nächstes Jahr in Meusdorf einzuschulen, weil in Stötteritz die Schule geschlossen wird. Von teilweise gefährlichen und überlangen Schulwegen gar nicht sprechen.

Was wird mit den Schülern der Weiße-Schule, wenn sie geschlossen wird? Ein Blick in den Ortsteilkatalog Leipzigs zeigt, dass damit ein kulturelles Zentrum des Ortsteils Stötteritz dichtgemacht würde (übrigens ein häufiges Problem bei Schulschließungen) und sich ein ohnehin existierender sozialer Brennpunkt verschärft. Logisch, dass im Stadtbezirksbeirat die Schließung der Schulen mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Wie sieht es in Schönefeld aus? Hier ist ein Zuzug von jungen Familien zu verzeichnen. Grundschulen gibt es. Was machen die Eltern aber fünf Jahre später? Sollen sie wieder wegziehen, weil es keine Mittelschulen mehr dort gibt? Dass Schulschließungen nicht die Lösung für unsere Bildungsprobleme

sind, weiß im Prinzip jeder. Aber solange der Rotstift auch in der Bildungspolitik regiert, wird weiter an den Symptomen herumgefuehrt. Erinnerungen an die einstige 10-klassige polytechnische Oberschule mit ihrem soliden Ausbildungsniveau und einer höheren Studierfähigkeit als im dreistufigen Bildungssystem sind unbotmäßig. Neben den ökonomischen Gründen ist

Schiefer kann die Schullandschaft nicht sein

das Nichtfunktionieren des bundesdeutschen Schulsystems vor allem der Hoheit der Länder über die Schulen und damit sechzehn verschiedenen Konzepten geschuldet. Das Schlimmste aber ist die Dreigliedrigkeit der Systeme und die Weigerung, Schulabschlüsse eines anderen Bundeslandes anzuerkennen. Was sich übrigens genau so krass bei der Anerkennung von Hochschulabschlüssen fortsetzt. Begrüßt, ja gefordert wird von den meisten Eltern eine vernünftige Vorschul-erziehung in Kitas und Krippen sowie eine Verkleinerung der Klassen auf höchstens 20 Schüler. Doch die Praxis?

Auch das Leipziger Ostwald-Gymnasium soll geschlossen werden, eine Schule, die übrigens den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht.

Wegen Renovierung, heißt es offiziell. Um das Uhland-Gymnasium, naturwissenschaftlich ausgerichtet, geht der Schließungsstreit schon seit 1997. Nach erbitterten Protesten von Eltern, Schülern, Lehrern und Stadtrat gab es einen Aufschub bis 2005. Von 1991 bis 1993 wurde – mit einem Wertumfang von ca. 18 Millionen DM – das Gebäude komplett rekonstruiert und behindertengerecht ausgestattet. Die beabsichtigte Schließung des Gymnasiums begründeten Amtsleiter Bärthel sowie Beigeordneter Jung damit, dass es im Stadtgebiet Alt-West neben der Uhlandschule noch das Schumann-Gymnasium gäbe. In späterer Zukunft könne eines der beiden Gymnasien den Bedarf allein decken, nämlich das Schumann-Gymnasium, das Platz für Vierzügigkeit böte. Doch könnte der derzeitige geringe Schülermangel leicht aufgefangen werden, wenn die Schulklassen endlich von 25 Schüler auf 22 herabzusetzen würden. Damit wäre sogar eine Dreizügigkeit gewährleistet. Übrigens: Müsste nicht bei einer Zusammenlegung beider Gymnasien das Schumann-Gymnasium nun auch behindertengerecht ausgestattet werden? Dazu wären dann die nötigen finanziellen Mittel da?

Übergroße Schulen, vollgestopfte Klassen, immer weniger Lehrer (die angekündigten 7500 zu streichenden Lehrerplätze sind ein weiteres gravierendes Problem), rapide sinkendes Bildungsniveau, überforderte Eltern – tolle Perspektiven ... • CYNTHIA PFINGST

Dies ist der Bericht über eine außergewöhnliche Veranstaltung. Sie fand am letzten Tag der Leipziger Buchmesse in der Aula der Alten Nikolaischule statt. Im Mittelpunkt standen der Autor Hajo G. Meyer, Überlebender von Auschwitz, und sein Buch „Das Ende des Judentums“, erschienen im Melzer Verlag. Doch nicht Auschwitz war der Schwerpunkt der Lesung, die über 80 Interessenten besuchten, sondern die Gefahren für den Fortbestand des Judentums aufgrund der Politik des gegenwärtigen Regimes in Israel.

Über die Vita des in Deutschland geborenen Schriftstellers gab es nur sehr wenig zu erfahren. Hajo G. Meyer floh als Vierzehnjähriger nach der berüchtigten „Kristallnacht“ in die Niederlande. Hier musste er sich in Folge des Einmarsches der deutschen Truppen verstecken, wurde schließlich entdeckt und in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Nach seiner Befreiung studierte er in den Niederlanden theoretische Physik, hörte Vorlesungen über Philosophie und arbeitete später als Wissenschaftler. Hajo G. Meyer war viele Jahre Direktor eines großen industriellen Forschungslabors. Er sammelte Berufserfahrungen in allen wichtigen Industriestaaten. In diesen 34 Jahren lernte er, wie er selbst formuliert, „den wesentlichsten Unterschied zwischen Antisemitismus und Kritik an den politischen Taten Israels“ kennen und wurde zu einem kompromisslosen und scharfen Kritiker der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern – ohne Rücksicht auf die Folgen für sich und seine Familie. Jemandem unberechtigterweise antisemitische Haltung vorzuwerfen, ist seiner Ansicht nach eines der effektivsten Mittel, gerade solche Gefühle hervorzurufen.

Hajo G. Meyer unterscheidet zwischen „gutem Judentum“ und „verbrecheri-

Hajo G. Meyer, eine andere jüdische Stimme, sprach in Leipzig über den drohenden Verfall der israelischen Gesellschaft



Hajo G. Meyer

schen orthodoxen Juden“. Die Basis des ersteren sei auch das deutsche Judentum vor 1933, das sich in dem Spruch versinnbildlicht: „Was dir nicht lieb ist, das tue auch deinem Nächsten nicht – dies ist die ganze Thora.“ Es habe grundlegende ethische Werte herausgebildet, zeige ein gastfreundliches Verhalten gegenüber Fremden, halte die Sabbatruhe verbindlich auch für Knechte und Mägde und bewahre wichtige intellektuelle Traditionen. Diese ethischen Grundlagen des Judentums sind seiner Ansicht nach durch israelische Machthaber verraten worden, was sich besonders krass in der Politik der ethnischen Säuberung Israels durch die Vertreibung der Palästinenser zeige.

„Nicht jeder, der israelische Politik kritisiert, ist Antisemit“

Darin werde die auch aus der Geschichte der Juden resultierende „dunkle Seite“ des Judentums sichtbar, die durch die Denkweise begünstigt worden sei, ein auserwähltes Volk zu sein.

Insbesondere am siebenten Tag des Sechs-Tage-Krieges im Jahre 1967 habe nach Meyer der frühere Generalstaatsanwalt M. Ben Yair die Weichen falsch gestellt. Israel wählte den Weg, eine Kolonialmacht zu werden, gegenüber den Palästinensern ein Apartheidregime auszuüben, Land zu rauben und internationales Recht zu verletzen. Hatte der Staat vorher der Welt noch Bewunderung abgenötigt, so sei danach ein Umschwung eingetreten.

Israel, so Meyer, ist durch seine ethnisch verwerfliche Politik gegenüber den Palästinensern, insbesondere durch die harte Besatzungspolitik und die überzogenen Reaktionen (Staatsterrorismus) auf die Anschläge verschiedener palästinensischer Gruppierungen zu einer Gefahr für den Weltfrieden geworden. Das habe mit dem Judentum nichts mehr zu tun, und die Folgen für die Palästinenser ähneln nach über 35 Jahren Besetzung den Leiden der deutschen Juden vor 1940 – Meyer betont: als es noch keine Gaskammern gab. Das Verbrechen des Holocaust, dessen unerwartete Dimension im

industriemäßig organisierten Massenmord bestand, könne nur sinnvoll verarbeitet werden, wenn die Juden nicht so werden wie ihre früheren Unterdrücker. Der jetzt eingeschlagene Weg könne zur Selbstvernichtung des jüdischen Volkes führen, denn ohne die Lösung des Palästinenserproblems gebe es keinerlei andere Lösungen im Nahen Osten.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde Hajo G. Meyer gefragt, ob er es gewagt hätte, diesen Vortrag auch in Israel zu halten, was er verneinte. Nach seiner Ansicht werde die Politik Israels von vielen Juden, auch international, unterstützt oder zumindest geduldet. Kritik von Nichtjuden werde als Antisemitismus verleumdet. Selbst der deutsche Außenminister Fischer sei durch Sharon mit der Antisemitismuskelle erpresst worden. Ursache sei, dass angesichts des Holocaust in Deutschland ein falsches Schuldbewusstsein entstanden sei. Mehr Zivilcourage sei notwendig, und nicht jeder, der Israel kritisiert, sei ein Antisemit. Der Antisemitismus habe sich zu einem Spuk entwickelt, da jede antiisraelische Meinung als diesen fördernd verunglimpft wird.

Die Forderung nach Unterstützung der zahlreichen Friedensgruppen in Israel unterstrich in der Diskussion auch die anwesende Schriftstellerin Lia Nirgad („Winter in Qualantia“), die aktiv in der Gruppe „Machsomwatch“ tätig ist.

Hajo G. Meyer auf die abschließende Frage, ob er mit seiner Haltung nicht den radikalen Palästinensern in die Hände spielt: „Alles kann missbraucht werden. Meine Aussagen werden auch von Neonazis missbraucht, aber wenn ich deshalb schweige, erreiche ich noch weniger. Mit dem Missbrauch muss man leben.“

• MANFRED BOLS



Voller Einsatz beim Staubsaugen

Auch in Sachsen treibt der Feinstaub den ersten Kommunalpolitikern Angstschweiß auf die Stirn. Längst überschreiten vor allem Großstädte die Grenzwerte deutlich. Sehr bald schon werden daher einige Kommunen unangenehme Post vom Landesamt für Umwelt und Geologie bekommen, das die Daten von 25 Messstationen ausgewertet hat.

Die PDS-Fraktion ergriff deshalb die Initiative und forderte, die Förderung von mit Pflanzenölen betriebenen Diesel-Fahrzeugen im Landeshaushalt festzuschreiben. Die Landtagsabgeordnete Elke Altmann und Katja Kipping erklärten dazu:

„Beim Bekämpfen von Feinstaub ist jetzt voller Einsatz gefragt. Das halbherzige Herumlavieren von Staatsminister Stanislaw Tillich wird dem aktuellen Problem überhaupt nicht gerecht. Statt sich nur für eine schnelle Förderung von feinstaubmindernden Technologien auszusprechen, soll er handeln und unverzüglich eine wirksame und nachhaltige Lösung auf den Weg bringen. Die PDS-Fraktion wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Mittel für das Förderprogramm ‚Immissions- und Klimaschutz einschließlich Nutzung erneuerbarer Energien‘ im Doppelhaushalt 2005/2006 des Freistaates Sachsen aufgestockt werden.“

Gegenentwurf für Landesetat

PDS-Landtagsfraktion legt eigene Vorstellungen auf den Tisch

LN. Wie angekündigt und wie bereits zwei Mal in den vergangenen Jahren praktiziert, hat die Landtagsfraktion der Sozialisten eine eigene Alternative zum Haushaltplanentwurf der Regierungskoalition in die Debatte eingebracht und der Öffentlichkeit vorgestellt. Er trägt das Motto „Sachsen sozial gestalten“.

Aus dem komplexen Zahlenwerk geht unter anderem hervor, dass es keiner Neuverschuldung bedarf, um die sozialen Komponenten des Doppelhaushaltes deutlicher zu betonen. „Bildung, Kommunen und Arbeit sind die Schwerpunkte unseres alternativen Haushaltansatzes“, äußerte der PDS-Fraktionsvorsitzende, Prof. Peter Porsch.

Ronald Weckesser, haushalt- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, erklärte dazu,

durch eine intelligente Umverteilung der sächsischen Finanzressourcen gelinge es mit dem Haushaltansatz der PDS, 3000 Lehrerstellen zu erhalten und die ganze Diskussion über den Stellenabbau zu beerdigen. Der Haushaltgesetzentwurf der PDS sieht eine kostenfreie Hortbetreuung vor und für Sachsens Kommunen eine jährliche Investitionspauschale in Höhe von 245 000 Millionen Euro.

„In Sachen Arbeit“, so Weckesser, „setzen wir auf geförderte Arbeitsplätze und wollen ein 50 Millionen Euro schweres Landesprogramm für staatlich gestützte Arbeitsmaßnahmen auflegen.“ Bei der aktuellen Arbeitslosenzahl in Höhe von fast 445 000 sei der Ausbau des geförderten Arbeitssektors dringlicher denn je.

Während die Investmittel für die Kommunen lediglich aus

der Verfügungshoheit des Staates herausgenommen und als Haushaltsposten klar der kommunalen Ebene zugeordnet werden, sollen die Mittel für die zu erhaltenden 3000 Lehrerstellen durch einen gezielten Abbau der Ministerialbürokratie gewonnen werden. „Hier ist der geplante Personalabbau ins Stocken geraten und hier kann und muss angesetzt werden“, so Weckesser.

„Mit unserem 3. Alternativen Haushaltkonzept zeigen wir, dass es unser politischer Wille und dass es möglich ist, Sachsen sozial zu gestalten. Mit originellen Lösungen für Investitionen, z. B. dem Auflegen von Landesfonds, lassen sich sogar zusätzliche Mittel bewegen und nachfolgend Finanzspielräume innerhalb des Staatshaushaltes gewinnen“, sagte Fraktionsvorsitzender Prof. Peter Porsch.

Polizeistaat nein, Bürgersicherheit ja

LN. Zu den Absichten von Finanzminister Metz, bis 2010 mehr als 3000 Stellen im sächsischen Polizeibereich abzubauen, erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Cornelia Ernst, die Vorstellungen gingen weit über den Sparansatz von Innenminister de Maiziere hinaus. „Der Finanzminister kann und darf den Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an persönlicher Sicherheit nicht über den Landeshaushalt definieren!“ Nach den Plänen von Metz würden in den kommenden fünf Jahren insgesamt 3044 Stellen im Polizeibereich wegfallen. Die PDS verlange daher, so Ernst, eine konkrete Analyse, die diesen erheblichen Stellenabbau rechtfertigt – auch

im Zusammenhang mit der seit Januar wirksamen Neuorganisation der sächsischen Polizei. „Ohne einem Sicherheitsstaat das Wort zu reden, frage ich: Auf wie viel Sicherheit im Alltag werden die Sachsen künftig verzichten müssen? Wie sichert die Staatsregierung künftig eine effiziente Gefahrenabwehr und Strafverfolgung? Viele Bürger haben Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Es wird ihr Sicherheitsgefühl wohl kaum bestärken, wenn die präventive Polizeipräsenz abnimmt.“ Der vorgesehene Personalabbau verunsichere darüber hinaus die diensttuenden Polizisten, die auf der anderen Seite aber Sicherheit ausstrahlen und gewährleisten sollen.

Studie stützt Gesetzentwurf

LN. Nachdem die PDS-Landtagsfraktion vor Ostern ihren Gesetzentwurf zur Förderung des Kleingartenwesens in Sachsen eingebracht hatte, legte eine Woche danach der Landesverband der Kleingärtner eine Studie zur Lage vor.

Landtagsabgeordnete der PDS sehen sie als Beweis dafür, wie dringlich ein Gesetz ist, dass die Kleingärtner vor weiteren Abgaben-Belastungen schützt. Mit dem Gesetz will die PDS auch die Förderung des Kleingartenwesens als Pflichtaufgabe des Staates in die Verfassung aufnehmen lassen. Zur Wahrung der Interessen der Kleingärtner sollen Kleingartenbeiräte gebildet werden, die angehört werden müssen, wenn es um kleingartenrelevante Entscheidungen in Land und Kommune geht.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im März

Frühjahrsbeginn ohne Rückgang

Während im März die Kurve der Arbeitslosenstatistik wenigstens andeutungsweise nach unten zeigt, ist sie im Arbeitsagenturbezirk Leipzig ebenso wie in Sachsen insgesamt noch einmal um einen zehntel Prozentpunkt nach oben geklettert. Ein Vorgang, den es bislang zu dieser Jahreszeit nicht gab. Inwieweit noch einmal wie im Vormonat ein Zugang aus dem Kreis bisheriger arbeitsloser Sozialhilfeempfänger kam, lässt sich nicht exakt ermitteln, nur vermuten. Jedenfalls gibt es jetzt im Bereich der Agentur Leipzig 83 482 Erwerbslose (Quote 23,6), beides wieder Rekordmarken. Gegenüber dem März des Vorjahres bedeutet das ein Anwachsen um nahezu 8000 Personen.



Im Land Sachsen sind 444 897 Beschäftigte als arbeitslos gemeldet (Quote 22,0). Nur im Februar 2003 lag der Wert noch darüber. Der Anstieg vom März 2004 zum März 2005 beträgt rund 25 000. Auffällig im Leipziger Agenturbezirk ist auch der ungewöhnlich hohe und nicht recht erklärbare Anstieg von stellensuchenden Nicht-Arbeitslosen um rund 3700. Als besonderes Problem stellt sich der weitere Rückgang bei den besetzten ABM-Stellen dar. Seit Dezember ist ihre Anzahl um rund 1000 auf das absolute Tief von 1870 gesunken. Laut Arbeitsagentur Leipzig liegt das nicht an den verfügbaren finanziellen Mitteln, sondern an geringer Resonanz bei den Trägerbetrieben für ABM. Doch auch in Sachsen bewegt sich der schon seit langem erkennbare Rückgang in ähnlichen Relationen.

• G. L.

22. März

Heuersdorf. Der ehemalige Direktor der Deutschen Bank Edgar Most will im Konflikt um die Abbaggerung des Ortes zwischen Einwohnern und Behörden vermitteln. Inzwischen unterbreitete Regierungspräsident Steinbach dem Ortsvorsteher ein neues Angebot für die Umsiedlung.

Kamenz. Die Preise in Sachsen für den Neubau von Wohn- und Gewerbegebäuden sind, wie das Statistische Landesamt informiert, innerhalb eines Jahres um vier bis fünf Prozent gestiegen.

23. März

Dresden / Leipzig. Die beiden sächsischen Großstädte könnten im Sommer die Grenzwerte für Feinstaub entsprechend der seit Januar gültigen EU-Richtlinie überschreiten. Deshalb erarbeiten das Landesamt für Umweltschutz und die Leipziger Stadtverwaltung einen Luftreinhalteplan, der Beispielcharakter für ganz Sachsen haben soll.

24. März

Dresden. Von den derzeit 456 Mittelschu-

SACHSEN-CHRONIK

22. März bis 4. April

len in Sachsen seien, wie Kultusminister Flath äußert, in den kommenden Jahren 150 von Schließung bedroht. Bisher war das Ministerium von 100 zu schließen den Mittelschulen ausgegangen.

Leipzig. Drei Männer werden von Polizei und Justiz verdächtigt, in den Jahren 2002 und 2003 junge Frauen aus Weißrussland unter falschen Zusagen illegal nach Deutschland eingeschleust und zur Prostitution gezwungen zu haben.

27. März

Hohenstein-Ernstthal. Die Polizei löst eine als private Feier angemeldete Veranstaltung auf, zu der sich 500 Neonazis aus den ostdeutschen Bundesländern und Bayern getroffen haben.

29. März

Dresden. Die Einwohnerzahl Sachsens

war, wie eine Bilanz ausweist, im Jahre 2004 erneut rückläufig und sank unter die Grenze von 4,3 Millionen. Der Schwund um 25 000 erfolgte vor allem in ländlichen Raum.

Dresden. Nach einem Bericht der Sächsischen Aufbaubank „stagnieren“ die Mieten, nachdem seit Anfang 2001 in 95 sächsischen Kommunen 34 000 Wohnungen abgerissen wurden. Doch nach wie vor stehen 271 000 Wohnungen leer.

31. März

Kamenz. Das Statistische Landesamt weist aus, dass das Inlandsbruttoprodukt in Sachsen im Jahr 2004 um real 2,2 Prozent gestiegen ist. Das produzierende Gewerbe (ohne Bau) weist ein Plus von 9,8 Prozent aus. Das Produktivitätsniveau stieg insgesamt um 2,2 Prozent.

Görlitz. Auf Initiative von PDS und der Gruppierung „Bürger für Görlitz“ wählt der Stadtrat den CDU-Finanzbürgermeister wegen des zerrütteten Vertrauensverhältnisses aus seinem Amt ab.

Dresden / Chemnitz / Freital. 150 Steuerfahnder haben Untersuchungen zu einem Betrugsfall großen Stils begonnen. Es geht um etwa 160 Millionen Euro, die ostdeutsche Anleger ins Ausland schleusten, wo sie Zinsgewinne erzielten, die sie nicht versteuerten.

1. April

Kamenz. Die Anzahl der Scheidungen in Sachsen ist im Jahre 2004 gegenüber dem Vorjahr um 104 zurückgegangen auf 8842 zurückgegangen. Laut Statistischem Landesamt sind das 8,9 Prozent der bestehenden Ehen.

2. April

Leipzig. Auf dem Gelände der Neuen Messe öffnet die „Auto Mobil International“ (AMI) ihre Pforten. 467 Aussteller aus 23 Ländern zeigen ihre Neuheiten. Die Veranstalter erwarten bis zu 270 000 Besucher.

PROF. DR. GERHARD MÜLLER aus Taucha veröffentlichte 2003 im „Tauchaer Verlag“ das stark beachtete Buch „Taucha während der Weimarer Republik 1918–1933“. Sein Vorhaben, einen weiteren Band mit dem Titel „Taucha im Faschismus 1933–1945“ zu erarbeiten, blieb unvollendet. Gerhard Müller verstarb am 12. August 2004. Mit der freundlichen Zustimmung seiner Frau, Prof. Dr. Eva Müller, veröffentlicht LN die bis zu seinem Tode erarbeiteten Manuskriptteile. Der nachstehende erste Teil wurde in einer gekürzten Fassung am 1. September 2004 im Tauchaer Stadtanzeiger“ gedruckt.

Noch in den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde Adolf Hitler in Taucha von weiten Teilen der Bevölkerung sehr kritisch gesehen und abgelehnt. In der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar 1933 griff der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe, Stadtverordneter Albert Creutz, Hitler heftig an und bezeichnete ihn als den „blutigsten Parteiführer“.

In den nächsten Monaten eroberten jedoch die Nazis in den örtlichen Organen und öffentlichen Institutionen viele Machtpositionen, schalteten ihre politischen Gegner aus und zogen nicht wenige bürgerliche Kommunalpolitiker in ihren Bannkreis.

Das weitgehend gleichgeschaltete Stadtverordnetengremium beschloss am 8. Mai 1933, Hindenburg und Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Taucha zu verleihen. Hindenburg starb am 2. August 1934, und Hitler nahm in einem Dankschreiben an den Stadtrat die Ehrenbürgerschaft an. In dem Brief hieß es: „Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts erfüllt mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Stadtrat meinen ergebensten Dank sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen aussprechen zu dürfen. Mit deutschem Gruß Adolf Hitler“.

Es handelte sich dabei keineswegs um eine Einzelaktion von Taucha, sondern viele deutsche Städte trugen Hitler in diesen Monaten die Ehrenbürgerschaft an. Allein in Sachsen war Hitler in rund 1800 Gemeinden Ehrenbürger.

In der täglichen Massenpropaganda, die sich auch im „Anzeiger für Taucha und Umgebung“ (ATU) widerspiegelte, mutierte Hitler schrittweise zum von Gott gesandten Übermenschen, „der von der Vorsehung berufen ist, die neue Welt zu bauen“. Rudolf Heß, der Stellvertreter des „Führers“, wird im ATU mit den Worten zitiert: „Wir wissen, dass Gott mit uns Deutschen war, als er uns Adolf Hitler sandte.“

Diese „göttliche Sendung“ Adolf Hitlers, zu der es übrigens auch Parallelen zum letzten deutschen Kaiser gibt, führte bei vielen Bürgern zu unbedingbarem Glauben und Treue zum „Führer“, was z. B. in einem Telegramm des Sturmes 3/245 der Tauchaer SA anlässlich eines Kameradschaftsabends am 27. Oktober 1935 zur Versicherung der „Treue bis zum Tode“ führte.

Einen besonderen Kult entwickelten die Nazis am 20. April jedes Jahres, dem Geburtstag Hitlers. Bereits 1933 demonstrierten an diesem Tag rund 2000 Tauchaer Bürger in einem Fackelzug durch die Stadt und Oberpfarrer Dr. Loth pries Hitler vom Balkon des Rathauses am Marktplatz in den höchsten Tönen, in-

Am Beispiel Taucha: Der Hitler-Kult

dem er die Reinheit seiner Gesinnung und ein starkes sittliches Empfinden hervorhob und Gott anrief, ihn noch viele Jahre dem deutschen Volk zu erhalten.

Auch in den folgenden Jahren wurde der 20. April als „Festtag des deutschen Volkes“ begangen. Ein besonderer Höhepunkt war der 50. Geburtstag Hitlers am 20. April 1939. Hier erreichten die Lobhudelei und die Superlative in jeder Beziehung neue Dimensionen. In Taucha wurde gefordert: Kein Haus ohne Girlande, keine Fenster ohne Illumination, kein Schaufenster ohne festliche Dekoration, keine Wohnung ohne Fahnen-schmuck. Die Buchhandlung Ernst Porzig & Sohn bot diese Artikel in großer Auswahl an.

In den Berichten über die Feierlichkeiten wird davon gesprochen, dass die gesam-

und Sächsisches“: „Wir Deutschen fürchten uns nicht, wir haben unseren Führer. Das ganze Volk blickt gläubig zum Führer, angetreten zur Marschkolonne.“

Auch 1943, als die Wende des Krieges durch die Schläge der Sowjetarmee deutlich wurde, wehten am 20. April in Taucha aus allen Häusern Hakenkreuzfahnen „als Symbole des deutschen Glaubens an Führer, Reich und Sieg“. Dieser Glaube an Hitler hielt bei nicht wenigen Deutschen sogar bis 1945 an und war mit der Hoffnung verbunden, dass die versprochenen „deutschen Wunderwaffen“ doch noch eine Wende des Krieges bringen könnten.

Im öffentlichen Leben in Deutschland und bei der ideologischen Manipulation der Bevölkerung spielten die häufigen Führerreden, die im großdeutschen Rund-



Links: Parade zu Hitlers 50. Geburtstag 1939 in Berlin

Oben: Hitler in Wien nach dem Anschluss Österreichs

te Einwohnerschaft tiefste Anteilnahme am „nationalen Fest“ zeigte. An der Kundgebung auf dem Markt nahmen zwischen 6000 und 7000 Bürger teil. Der ATU formulierte: „Die Tauchaer bringen ihr ganzes Herz, ihren deutschen Glauben dar.“ Traditionell wurden in- zwischen auch die Führungskräfte der faschistischen Bewegung am 20. April befördert: die politischen Leiter, die Walter und Warte. Außerdem wurden die Kinder, die das 10. Lebensjahr erreicht hatten, in das Deutsche Jungvolk bzw. die Jungmädel aufgenommen und die 14-jährigen in die Hitlerjugend und in den Bund deutscher Mädel überführt.

In seiner Rede am 20. April 1939 charakterisierte der Tauchaer Ortsgruppenleiter, Wilhelm Stärk, Adolf Hitler als „die einzige große deutsche Führergestalt, die aus der Geschichte herausragt“. Auch im Gottesdienst in der evangelischen Kirche wurde des 50. Geburtstags Hitlers besonders gedacht.

Zum 51. Geburtstag im Jahr 1940, als Hitler den Krieg schon begonnen hatte, kommentierte der ATU unter „Örtliches

funk übertragen wurden, eine besondere Rolle („ganz Deutschland hört den Führer“). Am 10. November 1933 schlossen die Dienststellen der Tauchaer Stadtverwaltung um 12 Uhr, um allen Mitarbeitern die Gelegenheit zu geben, die Führerrede anlässlich der Reichstagswahlen und der Volksabstimmung zu hören. Auch in den Betrieben wurden die Arbeiter eingestellt, der Verkehr musste eine Minute ruhen, um zu demonstrieren, dass das ganze deutsche Volk hinter dem Führer steht. In den großen Betrieben wurde es üblich, dass die Betriebsführer, die Arbeiter und Angestellten in den Fabrikhallen und Werkstätten als „Gesamtheit der Arbeiter der Stirn und der Faust“ in Gemeinschaftsempfang die Führerrede hörten. Wer zu Hause kein eigenes Rundfunkgerät hatte, wurde aufgefordert, die Rede im Gasthof (in diesem Falle in Dewitz) anzuhören. Die Gastwirte sollten auf den üblichen Verzehrzwang ihrer Gäste verzichten. Am nächsten Tag erschien außerdem die Hitlerrede immer in den Zeitungen, darunter ungekürzt im ATU. Adolf Hitler und die nazistische Führung

erwiesen sich auch bei der Inszenierung der einzigartigen Rolle Hitlers als gewieft Propagandisten. Hitler wurde dargestellt als der erste Soldat des deutschen Reiches, der gleichzeitig in seiner Person alle Kräfte des Reiches zusammenführt. Er schuf Großdeutschland und ordnete Europa. Seit dem siegreichen Frankreichfeldzug war er Führer und Feldherr und mutierte schließlich zum „größten Feldherrn aller Zeiten“, im Volksmund auch „Gröfaz“ genannt.

Bei den außenpolitischen Erfolgen der 30er Jahre und den Siegen der Wehrmacht in den ersten Kriegsjahren war Hitler meist selbst unmittelbar vor Ort und ließ sich feiern. Das galt z. B. beim „Anschluss“ Österreichs, bei dem Hitler schon unmittelbar nach der Besetzung Wiens die Hauptstadt besuchte und sich als Schöpfer Großdeutschlands darstellte. Das galt auch für den „Anschluss“ des Sudetenlandes an Deutschland, die Besetzung von Prag und Paris, wo Hitler auch persönlich als Sieger einzog und sich feiern ließ. Das galt aber auch für den von den Medien propagierten ersten Spatenstich beim Bau der Reichsautobahn („Straßen des Führers“) und die

Olympischen Spiele 1936, an denen Hitler täglich teilnahm. Überall wurde suggeriert, Hitler sei der Macher, der Sieger, der Deutschland wieder groß macht und dem niemand widerstehen kann. Noch 1944 titelte das ATU: „Der Führer – die geheimnisvolle Quelle unserer Kraft“. Auf dieser Basis entstand ein blindes Vertrauen des Volkes zu Hitler, wie es beim Jahresappell der Kriegerkameradschaft „Hindenburg“ am 15. Februar 1942 im Lokal „Die Waage“ hieß.

Auch sogenannte „einfache Menschen“ waren von diesem Hitlerkult voll erfasst und sahen in Hitler den Erlöser, der aber auch im täglichen Leben mit ihnen verbunden ist. So schrieb am 4. Juni 1941 die „Kriegermutter“ Emma Eschebach aus Taucha in einem Brief an Bürgermeister Dr. Uhlemann: „Unser geliebter Führer hat mir zu Pfingsten auch danken lassen für meine Aufmerksamkeit zu seinem Geburtstag.“ Die Autorität Adolf Hitlers wurde auch bei Aufrufen zu Winterhilfswerk-Sammlungen genutzt, z. B. 1935: „Hilf dem Führer! Opfere!“

Adolf Hitler war für die Tauchaer Bevölkerung täglich über den Rundfunk, die Kinos, die Zeitungen, darunter nicht zuletzt das ATU, in Versammlungen der NSDAP ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände und auch in den meisten Vereinen immer präsent, und den Bürgern wurde noch gegen Kriegsende suggeriert, dass durch ein gnädiges Geschick dem deutschen Volk Hitler geschenkt wurde und man dafür der Vorsehung danken müsse.

Von **ADELHEID LATCHINIAN**

Am 24. April 2005 jährt sich zum 90. Male eines der tragischsten Kapitel in der Jahrtausende alten Geschichte des armenischen Volkes. Was bereits 1895/96 unter dem osmanischen Sultan Abdul Hamid begonnen hatte, eskalierte in den Sommermonaten des Jahres 1915 unter den Jungtürken und endete erst 1922: die grausame Ausrottung der im historischen Westarmenien und Kilikien beheimateten armenischen Bevölkerung. Sie schien ein „Hindernis“ bei der angestrebten Schaffung eines ethnisch einheitlichen modernen türkischen Staates bzw. seiner durchgängigen Türkisierung. Der Erste Weltkrieg bot 1915 die unübersichtlichen, also willkommenen Bedingungen, die so genannte Armenier-Frage gewaltsam zu lösen.

Unter dem Vorwand, die christlichen Armenier würden mit ihren russischen Glaubensbrüdern, den gleichzeitigen Kriegsgegnern der Türken, gemeinsame Sache machen wollen, wurden in langfristig geplanten und eiskalt organisierten Aktionen zunächst am 24. April die armenischen Intellektuellen von Istanbul ermordet, dann die jungen wehrfähigen Männer im Lande massenhaft liquidiert und schließlich die Alten, Frauen und Kinder in qualvollen Märschen gen Süden in die todbringende Wüste deportiert.

Es gab nur geringen, aber heldenhaften armenischen Widerstand und aus dem Ausland erwartungsgemäß kaum Widerspruch gegen dieses menschen- und völkerrechtswidrige Tun, das den Ausführenden zudem materielle Vorteile brachte. Denn die Armenier – überwiegend gebildet und geschätzt als tüchtige Bauern, Handwerker und Geschäftsleute – hinterließen einen beträchtlichen Besitz. Ein- einhalb Millionen Menschen, also rund zwei Drittel der dort lebenden armenischen Bevölkerung, fielen diesem Genozid zum Opfer. Nur einem kleinen Teil gelang die Flucht.

Den Verbündeten der Türkei, also auch den Deutschen, blieb dieser Völkermord kein Geheimnis. Während des Ersten Weltkrieges unter Zensur, wurde das amtliche Wissen darüber in Deutschland allerdings aus Staatsräson der Öffentlichkeit vorenthalten. So sorgte eine Pressekonferenz der kaiserlichen Regierung am 7. Oktober 1915 gegenüber den Journalisten für folgende Sprachregelung: „Über die Armeniergreuel ist folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilen Pflicht zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslandes wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und später vorgeben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden.“

Dennoch ließen sich damals einzelne Deutsche mit Gewissen und Zivilcourage den Mund nicht verbieten. So ermöglichte der protestantische Publizist Martin Rade in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Christliche Welt“ die Veröffentlichung zahlreicher warnender, mahrender Auf-

Zum 90. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern

„Alle Tode der Erde, die Tode aller Jahrhunderte starben sie“



In Jerewan, der Hauptstadt der armenischen Sowjetrepublik, wurde ein Denkmal für die Opfer des Genozids von 1915, errichtet

sätze über diese Massaker.

Besonders vielfältig sind die Aktivitäten von Dr. Johannes Lepsius (1858-1926): Als evangelischer Theologe und Herausgeber mehrerer Zeitschriften („Christlicher Orient“, „Mesrop“ bzw. „Deutsch-Armenische Korrespondenz“) wurde er zum Mitbegründer und ersten Vorsitzenden der im Juni 1914 ins Leben gerufenen und bis in die Gegenwart wirkenden „Deutsch-Armenischen Gesellschaft“. Nach akribischer Recherche und zugleich unter dem erschütternden Eindruck des dramatischen Geschehens veröffentlichte er 1919 in Potsdam zwei Bücher „Deutschland und Armenien 1914–1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke“ und „Der Todesgang des armenischen Volkes“. Außerdem sammelte er in Deutschland auf Vortragsreisen Spenden und wurde zum selbstlosen Initiator eines verzweigten missionarischen Hilfswerkes (mit Waisenhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Werkstätten) in Urfa, Aleppo, Adana und

anderen Städten des Vorderen Orients für armenische Flüchtlinge.

Armenische Flüchtlinge rettete auch der deutsche Diakon Jakob Künzler: Er sicherte ihre Aufnahme im deutschen Missionsspital Urfa und organisierte nach dem Krieg den Transport von 800 armenischen und 1200 griechischen Kindern nach dem Libanon.

Als einziger Abgeordneter erhob damals Karl Liebknecht seine Stimme im Deutschen Reichstag zur Verteidigung des armenischen Volkes und zur Würdigung der Bemühungen von Lepsius.

In der Solidarität mit dem geschundenen armenischen Volk war sich Armin T. Wegner (1886–1978) mit den Vorgenannten einig: weniger in den Beweggründen als in der Vielfalt der Äußerungsformen und der Spannweite der Schlussfolgerungen hob er sich deutlich von ihnen ab. Das ist sehr überzeugend einem Auswahlband seiner Schriften zu entnehmen „Am Kreuzweg der Welten“ (Berlin 1982). Inwiefern? Unter dem Einfluss von Laotse, Rousseau, Goethe, Tol-

stoi, Whitman und Nietzsche hatte er um 1910 Anschluss an die literarische Avantgarde in Berlin gefunden. In freundschaftlichem Austausch mit Else Lasker-Schüler, Johannes R. Becher, Kurt Hiller u.a. veröffentlichte er flammende expressionistische Gedichte. Als deutscher Sanitätssoldat im Ersten Weltkrieg 1915 in Kleinasien wurde er Augenzeuge der blutigen Armenierverfolgungen. Mutig dokumentierte er sie in Photos und gab seiner tiefen Erschütterung darüber in Gedichten („Die Austreibung der Menschheit“) und Erzählungen („Osman“, „Der Sturm auf das Frauenbad“) Ausdruck. Ein von der Zensur abgefangener verzweifelter Brief aus Bagdad an die Mutter führte zu seiner vorzeitigen Abberufung nach Berlin.

Während der Novemberrevolution von 1918 gehörte Wegner zu den Mitbegründern des „Rates geistiger Arbeiter“. In einer leidenschaftlichen Ansprache forderte er u. a. „die Mobilmachung der Seele“, und er zog das Fazit: „Alle Sozialisierung bliebe Stückwerk, wenn sie nicht verbunden wäre mit einer friedlichen Organisation der ganzen Welt“. Mit Gleichgesinnten gründete er den Bund der Kriegsdienstverweigerer, dessen Berliner Sekretariat er mehrere Jahre leitete. Während der laufenden Friedensverhandlungen in Paris richtete er im Januar 1919 einen „Offenen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Woodrow Wilson, über die Austreibung des armenischen Volkes in die mesopotamische Wüste“: Er bitte nicht für sein eigenes Volk, sondern „erhebe die Stimme jener Elenden, deren Klagen er hilflos anhören, deren grauensvollen Tod er ohnmächtig mit ansehen musste ... So starben sie, von Kurden erschlagen, von Feldjägern beraubt, erschossen, erhängt, vergiftet, erdolcht, erdrosselt, von Seuchen verzehrt, ertränkt, erfroren, verdurstet, verhungert, verfault, von Schakalen angeffressen. Kinder weinten sich in den Tod, Männer zerschmetterten sich an den Felsen, Mütter warfen ihre Kleinen in Brunnen, Schwangere stürzten sich, die Hände aneinander gebunden, mit Gesang in den Euphrat. Alle Tode der Erde, die Tode aller Jahrhunderte starben sie“ ... Er klage nicht den Islam an und nicht das einfache türkische Volk, vielmehr dessen Herrschende. Mitschuld sehe er aber auch bei Deutschland, „das auf das engste mit der Türkei befreundet“ sei, und bei ganz Europa, das „im Berliner Vertrag vom Juli 1878 die Ruhe und Sicherheit des armenischen Volkes verbürgte“, aber nicht einlöste. Abschließend unterstreicht er: „Hier handelt es sich um ein Volk von hoher Bildung, von ruhmvoller Vergangenheit, von unvergesslichen Verdiensten um Werke der Kunst, Dichtung und Wissenschaft, mit zahlreichen geistvollen Männern, voll tiefem Glauben, voll erhabenem Priestertum, um ein christliches Volk.“ Ungehört verhallte auch „Der Schrei vom Ararat“, ein weiterer Brief Wegners von 1922 „an die Regierungen der sieghaften Völker“.

Ein ebenso einzigartiges politisches Dichterzeugnis legte Wegner 1933 in seinem „Sendschreiben an den deutschen Reichskanzler Adolf Hitler“ ab, in dem er sich mutig und entschieden gegen die beginnenden Judenverfolgungen aussprach. Dieser selbstlose Einsatz brachte ihm Folter in der Gestapo-Zentrale, KZ-Haft in Sachsenhausen und schließlich Exil ... Als einer der wenigen nicht-

Fortsetzung auf Seite 9

GASTKOMMENTAR

Die Ehre der Blutvergießer

Die in Bonn sitzende „Möldersvereinigung“ streut seit geraumer Zeit ein Mitteilungsblatt, in dem eine Gruppe „Mölderianer“, als die sich die Mitglieder familiär verbunden bezeichnen, in aller kriegerischen Unschuld beteuern, sie wollten „die unwürdige Kampagne gegen unseren Namensgeber nicht hinnehmen ...“ Gemeint ist die am 28. 1. 2005 von Verteidigungsminister Struck verfügte Umbenennung des Jagdgeschwaders 74, das bisher ebenso wie eine Kaserne den Namen des Fliegerhelden trug. Der heroische Widerstand gegen den Minister konstruiert eine heimliche Verbindung zwischen SPD und PDS und führt meine Bundestagsrede vom 24. April 1998 an, aus der hier der Aktualität wegen zitiert sei:

„60. Jahrestag der Bombardierung von Guernica – Tagesordnungspunkt 12 in der 231. Sitzung des Deutschen Bundestages – Gerhard Zwerenz (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe drei Minuten Zeit, für die Gruppe der PDS vorzuschlagen, Beschlußempfehlung und Antrag des Innenausschusses um einen Punkt 4 zu ergänzen, in dem nichts anderes als die Umbenennung von Kasernen gefordert wird, die immer noch den Namen deutscher Helden der Legion Condor tragen.

Hörte die Bundeswehr und hörte diese Bundesrepublik endlich auf, jene hitlergehorsamen Franco-Söldner zu ehren, die den unerklärten, illegalen Krieg gegen die legale spanische Republik geführt haben, so wäre dies das wirklich menschliche Signal.

Im vorigen April, zum 60. Jahrestag der Stadtvernichtung durch deutsche Bomber, ließ Bundespräsident Herzog in Guernica immerhin eine Entschuldigungsbitte verlesen. Ich finde, das war schon viel zu spät. Immerhin ist es geschehen.

Jetzt will der Bundestag zum 61. Jahrestag nachziehen. Es wird aber nichts Neues geschehen, es wird nichts geschehen, was wirklich zählt. Längst Versprochenes wird nicht gehalten. Selbst die entschuldigenden Worte kommen nur zögerlich. Denn in diesem Lande zählen immer noch die Mölders, Rommel und Heusinger – egal, ob sie nun in Spanien, Afrika oder Rußland ihrem Führer beim Blutvergießen gehorsam zur Hand gingen – mehr als die anderen, die dagegen Widerstand geleistet haben.“

Ich nannte internationale Kulturleute, die für die Republik und gegen Franco gekämpft hatten: von Hemingway über Koestler und Kantorowicz bis Orwell und Malraux – „... das wären alles beste Namen und beste Adressen für unsere Kasernen und Straßen,

und es wäre ein Beginn der vielbeschworenen Europäisierung und Universalität an Stelle des nationalsozialistischen deutschen Sonderweges gegen Europa und gegen die ganze Welt. Ich finde es beschämend, daß es in diesem Hause einen irren, zähen Zustand gibt, der dazu geführt hat, daß man so lange um eine solche Erklärung hat ringen müs-

Von GERHARD ZWERENZ



sen. Ich meine, man hätte die Zivilcourage aufbringen müssen, wenigstens in diesem Jahr in eindeutigeren Worten zu sprechen, als es jetzt geschehen ist. Wer Guernica oder Dresden sagt, muß wissen, daß es dazwischen eine Verbindungslinie gibt.“

Das Bundestagsprotokoll verzeichnet Beifall bei der PDS, die SPD ist nicht erwähnt. Unser Antrag auf Umbenennung von Kasernen wurde von PDS und Grünen bei Stimmhaltung der SPD angenommen. Die Mehrheit kam zustande, weil die Masse der CDU/CSU/FDP-Abgeordneten offenbar fleißig diversen Nebenbeschäftigungen nachgehend, dem Plenum fernblieb. Daß Struck sieben Jahre später unseren Bundestagsbeschluß mindestens partiell vollzieht, dürfte ihm höchstens wegen der erheblichen Verspätung verübelt werden.

Der Versuch, Hitlers luftigen Lieblingskatholiken Mölders der Bundeswehr als Vorbild zu erhalten, gehört zu einer breit angelegten Werbekampagne. Wie für strahlend weiße Zähne wird für die Unschuld von Hitlers Soldaten Reklame gemacht. Jeder Tag im Kalender soll ein Heldengedenktag sein. Das Geschäft läuft immer besser. Daran wird verdient.

Inzwischen geht das öffentliche Match

Struck gegen Mölders in die zwölfte Runde. Der Militärminister will Mölders am Hindukusch nicht dabei haben. Die Pimpfe von 1939 sowie deren Söhne aber beten die Fotos ihrer Fliegerhelden Mölders, Galland, Rudel an. Die Herren schossen doch nur für Franco und Hitler. Ist das Ritterkreuz erst hakenkreuzfrei gefeilt, erstet der deutsche Übermensch als entnazifizierter Widerstandsgermane. Mölders z. B. wagte sogar katholisch zu heiraten. Wir salutieren in Ehrfurcht. In der Wochenzeitung Der Freitag ficht der einsame Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose fortgesetzt und unverdrossen gegen den grassierenden Mölders-Wahn der Luftwaffennarren. In der FAZ vom 22. März dagegen heiligt Vizeadmiral a.D. Günter Fromm das Luftkriegs-As. Und dem Friedenskatholiken Jakob Knab, Sprecher der "Initiative gegen falsche Glorie“, der für seine unbeirrbar Aufklärungsarbeit von den zahlreichen Luftkämpfern attackiert wird, bescheinigt ein braver Herr Jochen Weder, daß Knab für „die Begriffe Soldatsein, Heldenmut, Kameradschaft, Einsatzwille, Verteidigung des Vaterlandes ...“ keinen Sinn besitze. Herr Weder ist Oberstleutnant a. D., Betriebsrat in einer florierenden Aufrüstungsfirma, Mitglied im Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU, ein untadeliger Christenmann also.

Wir Antikrieger sollten uns korrigieren und den fliegenden Kistengehirnen ihre geliebten Namen von Mölders bis Galland zurückgeben. Zwischen ihnen und Hitlers Ritterkreuzlern besteht eine unauflösbare Blutsverwandtschaft.

Inzwischen fand sich der ganze lausige Kriegsadel, der schon die Wehrmachtausstellung bekämpfte als gelte es die Schlacht von Stalingrad doch noch zu gewinnen, zur heldenhaften Mölders-Verteidigung ein. Inklusive Barrikadenheld und Haßprediger Arnulf Baring, der nicht will, daß „alle, die zwischen 1933 und 1945 gedient haben, unter Generalverdacht“ stehen. Bisher galt der Begriff Aufstand der Offiziere den Männern des 20. Juli 1944, jetzt sind die Möldersverteidiger gemeint. Dies ist das Resultat von Innerer Führung. „War Fliegerheld Mölders ein Nazi?“ fragt so ein heutiger Fliegenheld im Internet. Wir wissen nun: Wer für Franco und Hitler, für die katholische Kirche sowie das Ritterkreuz mit Schwertern, Eichenlaub und Brillantine focht, der war kein Nazi. Nazi war einzig und allein der Führer, der zwar auch katholisch war, doch nicht katholisch heiratete.

„Vieques libre – Keine Bomben, nirgends – für eine FREIE HEIDE“

LN. Bürgerrechtler aus Vieques (Puerto Rico) und Vertreterinnen der Bürgerinitiative Freie Heide berichten am 29. März in Leipzigs „Nato“ über den ehemaligen Bombenabwurfplatz der US Marines auf Vieques sowie über die Situation am geplanten Bombodrom in der Kyritz Ruppiner Heide nördlich von Berlin.

Keine andere Art militärischer Übungen ist in der Bevölkerung so umstritten wie Bombenabwürfe und Tiefflüge. Aber nicht überall ist der Protest so stark wie in der Kyritz Ruppiner Heide. Und: Nur selten war er so erfolgreich wie auf Vieques, der kleinen Insel bei Puerto Rico. Dort erlebten die Menschen 60 Jahre lang den Übungsbetrieb der Jagdbomber der US Marine. Auf der etwa 20 km² großen, zum US-Bundesstaat Puerto Rico gehörenden Insel, waren 60 Jahre lang drei Viertel der Fläche als Munitionslager und Übungsgebiet missbraucht. Die Kampfflugzeuge der US-Marine warfen scharfe Bomben ab und verschossen Uran-Munition. Die Fischgründe und das Trinkwasser wurden verseucht; ein Todesopfer unter den Einwohnern brachte das Fass zum Überlaufen. Sie besetzten und blockierten den Platz. Unterstützung kam aus ganz Puerto Rico und anderen Teilen der USA. Vor allem mit viel Ausdauer rangen die Einwohner von Vieques der US-Marine 2002 die Einstellung der Übungen ab. Heute geht die Auseinandersetzung vor allem um die Dekontamination, Entschädigung und die immer noch kolonial geprägte Politik der Zentralregierung gegenüber Puerto Rico.

Erstmalig waren nun zwei Aktivistinnen aus zwei Generationen des Widerstandes in Vieques zu erleben. Sie wollen in vielen Gesprächen und öffentlichen Auftritten den gegen das Bombodrom kämpfenden Bürgern der FREIEN HEIDE mit ihren Erfahrungen helfen.

Fortsetzung von Seite 8

jüdischen Deutschen wurde Wegner 1967 von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem als einer der „Gerechten der Völker“ gewürdigt. Auch die Armenier dankten ihm seine brüderliche Solidarität: 1968 verlieh ihm der Katholikos von Etschmiadsin den Orden des Heiligen Gregor, und 1996 wurde die Urne mit seiner Asche in der Jerewaner Genozid-Gedenkstätte Tzitzernakaber, wo schon eine Inschrift an Lepsius erinnert, mit allen Ehren beigesetzt.

Das vielfach traumatische Erleben hatte Wegner zeitweise in seiner Schaffenskraft gelähmt, ihn in einen Zustand der Sprachlosigkeit aus Entsetzen versetzt. Deshalb vermochte er manche seiner Schaffenspläne nicht zu vollenden, besonders seinen 1932 begonnenen, groß-

angelegten Armenien-Roman „Die Austreibung oder Geschlechter ziehen vorüber wie Schatten vor der Sonne“. Diese Staffette griffen nach dem 1933 erschienenen Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ des Österreicher Franz Werfel zwei deutsche Autoren auf: Alfred Otto Schwede mit „Geliebte fremde Mutter“ (Berlin 1974) und Edgar Hilsenrath mit „Das Märchen vom letzten Gedanken“ (München 1989).

Während die Türkei – mittlerweile an der Schwelle zur Europäischen Union – dieses dunkle Kapitel in ihrer Geschichte immer noch zu verschweigen oder zu minimieren, zu leugnen oder gar umzukehren sucht, bemüht sich die kleine Republik Armenien (nunmehr Mitglied des Europarates) und die mehrere Millionen zählende armeni-

sche Diaspora um die offizielle Anerkennung dieses Genozids. Bisher entsprachen diesem Anliegen der Weltkirchenrat, die UN-Menschenrechtskommission, das EU-Parlament, die Parlamente bzw. Senate Argentiniens, Belgiens, Bulgariens, Frankreichs, Griechenlands, Libanons, der Russischen Föderation, Schwedens, der Schweiz, Uruguays und Zyperns sowie der Papst Johannes Paul II. Im Deutschen Bundestag wurde das Thema im Februar 2001 mit der Begründung abgetan, nicht die Abgeordneten, sondern die Historiker seien dafür zuständig.

Immerhin entschied sich Brandenburg als einziges deutsches Bundesland im Jahre 2002 für die Einführung des fakultativen Themas „Genozid an der armenischen Bevölkerung Kleinasien“ in den Geschichtslehrplan für die Schüler der 3.

und 10. Klassen und erhielt dieses trotz heftiger Einwände von türkischer Seite letztlich aufrecht.

Dabei geht es hier, wie z. B. auch der armenisch-kanadische Regisseur Atom Egoyan in seinem eindrucksvollen Film „Ararat“ (2001) zu bedenken gibt, nicht um gegenseitige Schuldzurechnung oder gar Verurteilung, sondern um die lebensnotwendige Ausprägung einer ehrlichen, gemeinsamen Erinnerungskultur.

Nur eine solche kann helfen, die Last einer teilweise unmenschlichen historischen Erfahrung namentlich kleiner Völker allmählich zu bewältigen und daraus Kräfte zu gewinnen, um die Wiederholung solcher Tragödien künftig mit aller Entschiedenheit zu verhindern. Genau dies entspräche übrigens dem geistigen Vermächtnis eines Armin T. Wegner.

Im Blickpunkt der vorösterlichen Konzerte standen zuerst die Thomaner mit dem Gewandhausorchester. Ihr Gesang bleibt einzigartig, auch wenn neben den Dresdener Kreuzianern in Deutschland weitere Knabenchöre von gleichem Format entstanden sind. Wenn wie dieses Jahr von Bachs Johannes-Passion die selten aufgeführte zweite Fassung von 1725 mit anderem Eingangs- und anderem Schlusschor und einigen anderen Arien erklingt, fordert das zusätzliche Arbeit. Georg Christoph Biller führte Chor, Orchester und Solisten zu einer insgesamt stark und nachhaltig beeindruckenden Aufführung. Das Leipziger Musikleben wäre aber nicht so reich, würden nicht auch andere Chöre Passionen aufführen. Diesmal wurde die Matthäus-Passion mit den Universitätschor unter dem neuen Leiter David Timm in der Peterskirche gespannt erwartet. Ohne Zweifel kann gesagt werden: Für den zu früh gestorbenen Wolfgang Unger wurde ein würdiger Nachfolger gefunden. Zum leistungsstarken Chor standen das Leipziger Barockorchester und das Pauliner Barockensemble mit historischen Instrumenten zur Verfügung. Auch Martin Krumbiegel gewann für die Aufführung der

Wolfgang Engels Beitrag zum Schiller-Jahr bringt uns einen *Don Karlos*, der im Anzug und mit Walkman nebst Kopfhörern auf der Bühne den Intrigen am spanischen Königshof trotzt. Friedrich Schiller selbst hat sich schon mit seinem *Don Karlos* schwer getan. Kein anderes Stück wurde von ihm so oft und streng überarbeitet. Textgrundlage für Wolfgang Engels Version (Dramaturgie Carmen Wolfram) ist die Buchausgabe von 1787, gemixt mit Elementen der Rigaer Bühnenfassung. Don Karlos, der Sohn Philipps II. von Spanien, liebt Elisabeth, die ursprünglich für ihn bestimmte

Ein Datum scheint festgeschrieben im Weltkalender. Der 11. Tag im September gehört seit einiger Zeit offenbar für immer und ewig allein amerikanischen Geschichtsdeutern. Allerdings nur auf den ersten Blick, sowie oberflächlich und recht einseitig betrachtet. Umso verdienstvoller ist es, dass der neue chilenische Film „MACHUCA, MEIN FREUND“ an

Von **MICHAEL ZOCK**

das Datum 11. September 1973 erinnert. Der Regisseur Andres Wood war damals gerade acht Jahre jung, als gegen Salvador Allende geputscht wurde. Er bebildert mit diesem persönlichen Hintergrund das damalige Geschehen aus dem Blickwinkel zweier Halbwüchsiger.

Ostern im Konzert

Zweitfassung der Bachschen Johannes-Passion mit dem Leipziger Oratorienchor und dem Neuen Leipziger Barockensemble ein auf historischen Instrumenten spielendes Orchester und führte in der Heilig-Kreuz-Kirche zu einer stark bewegenden Interpretation. Eine weitere beachtliche Aufführung der Matthäus-Passion bleibt dem Gewandhaus-Chordirektor Morten Schuldt-Jensen mit dem Mendelssohn-Kammerchor, dem Leipziger und dem Mendelssohn-Kammerorchester in der Thomaskirche zu danken. Doch die Frage bleibt, wann das Gewandhausorchester in absehbarer Zeit eine auf historischen Instrumenten spielende Formation bilden wird. Rundfunkchor und -Sinfonieorchester waren in einem Matinee-Konzert im Gewandhaus mit einer exzellenten Aufführung von Franz Schuberts großer Messe Es-Dur zu erleben. Robert Norrington stellte der vierten Sinfonie von Johannes Brahms die 1948 uraufgeführte „Sechste“ seines Landsmannes Ralph Vaughan Williams voran – ein Meis-

Frauen, Freund und Feind

Gattin seines Vaters. Karlos' Freund, Marquis Posa, Parteigänger der gegen die spanische Herrschaft kämpfenden Niederländer, lenkt Philipps Verdacht auf sich und kommt dadurch um. Schillers erste große Geschichtstragödie ist eine Anklage gegen die reaktionären staatlichen und kirchlichen Mächte. Regisseur Wolfgang Engel hat mit der Besetzung des Don Karlos keine ideale Entscheidung getroffen: Martin Reik wirkt zu verspielt.

terwerk ganz eigener Art. Auch wenn der Komponist „bloß ein Stück Musik schreiben“ wollte, dürften auf die herben, konfliktreichen ersten Sätze schmerzliche Empfindungen und Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs eingewirkt haben. Und das wundersam stille Finale könnte als ein schöner Traum von einer friedlichen Welt verstanden werden. Norringtons junger englischer Kollege Daniel Harding dirigierte die selten gespielte Alpensinfonie von Richard Strauss. Offensichtlich und hörbar hatten er und auch die Musiker an der Entfesselung aller instrumentalen Möglichkeiten des Riesenorchesters so riesige Freude wie Strauss beim Komponieren. Im ersten Programmteil kostete er mit dem großartigen Solisten Steven Isserlis die zarten Schönheiten des Violoncellokonzertes von Edward Elgar aus. Nicht zuletzt führte der Gewandhauschef Herbert Blomstedt mit Bachs Kantate „Ich habe genug“, Ingvar Lidholms ebenso ernstem Vokalstück „Freund! In dieser trostlosen Stunde“ (Solist Peter Mattei) sowie Paul Hindemiths Suite „Nobilissima Visione“ und den musikantischen Metamorphosen nach Weberischen Themen das Orchester zu Höchstleistungen.

• **WERNER WOLF / MA.**

Gleichwohl gelingt ein präzises Sittengemälde, vorallem dank der außergewöhnlichen Frauen: Stephanie Schönfeld, Neuzugang am Leipziger Ensemble, als Elisabeth zwischen allen Stühlen sitzend; Anja Schneider als lüsterne wie intrigante Prinzessin Eboli. Mit tiefer Stimme als Gangsterboß gezeichnet tritt Jens Winterstein als spanischer König auf: ein moralisch gebrochener und zugleich eiskalter Despot. Erfrischend ist Torben Kessler als Marquis von Posa. Das Bühnenbild von Andreas Jander ist eine Spur zu streng und antiseptisch, bewährt sich aber durch intensive Nutzung der Drehbühne. • **D. M.**

Fernsehlegende Willi Schwabe wäre 90 geworden



Cover-Ausschnitt einer der Rumpelkammer-Amiga-Schallplatten

ZUM ERSTEN MAL STIEG WILLI SCHWABE 1955 (kaum jemand hatte es bei den wenigen Fernsehgeräten gesehen) mit seiner *Laterne in die Rumpelkammer*, um nach *Filmerinnerungen* zu kramen. Sieben Folgen waren geplant, bis zum Sommer 1990 waren es dann 387. Das ist noch immer europäischer Rekord. 1970 – so erzählt die Legende – sollen Untersuchungen bewiesen haben, dass tags darauf die allgemeine Arbeitsproduktivität in der DDR um 10 Prozent höher war. Aber nochmal ernsthaft: Brecht holte ihn 1949 vom Deutschen Theater in sein Haus am Schiffbauerdamm, wo Schwabe bis 1990 engagiert war. Für das Fernsehen blieb viel, für den Film leider wenig Zeit. Bei der DEFA gab es nur zwei Hauptrollen. 1959 der Hofmarschall von Kalb in Hellbergs „*Kabale und Liebe*“ (auch als Video und DVD erhältlich). Im gleichen Jahr spielte er in den Babelsberger Studios einen Mörder in dem Theaterkrimi „*Die Premiere fällt aus*“. Wer möchte, kann jetzt wieder nach Hörbüchern mit Willi Schwabe (1915–1991) fragen. Kürzlich erschien „*Die fromme Helene*“. Hundert Jahre auf dem Sündenbuckel mit *Maxilook* und *Prachtpopo*. Sehr vergnüglich. **M. Z.**

Leipziger Verlag ausgezeichnet

LN. Die „Kurt-Wolff-Stiftung zur Förderung einer vielfältigen Verlags- und Literaturszene“ verlieh die mit 5000 Euro dotierte Projektförderung dem Leipziger Lehmann Verlag. „Die Auszeichnung verstehe ich als Anerkennung eines Ver-

lagsprogrammes, das Leipzig als einen zentralen Ort deutscher und europäischer Geschichte präsentiert“, bekundete Dr. Mark Lehmann in seiner Dankesrede. Die bisherigen Bücher des erst vor zwei Jahren gegründeten Verlages, wurden größtenteils den Lesern von LN durch Rezensionen und Leseproben vorgestellt.

FF dabei

DER FILM - UND FERNSEH-LINK

Der andere 11. September

Weltgeschichte und Kinderaugen

Pedro Machuca kommt in die Klasse von Gonzalo Infante. Er ist einer aus den Elendsvierteln, denen Pater McEnroe, der sozial engagierte Schulleiter, den Besuch seines scheinbar elitären Gymnasiums ermöglicht. Die beiden unterschiedlichen Kinder schließen Freundschaft und Gonzalo lernt durch Pedro die Welt jenseits behüteter Verhältnisse kennen. Die Slums von Santiago am Mapocho, der die Stadt durchfließt, Arme von Reichen trennt. Sehr einfühlsam und ohne poli-

tische Vergröberungen wird der Zuschauer anno 2005 in jene unruhigen Zeiten geführt. Die aufkommenden wirtschaftlichen und politischen Spannungen berühren das Lebensgefühl auch der Schüler zunächst ganz unaufdringlich, um schließlich in der Katastrophe zu enden. Bisher hat noch niemand diese Tage und Wochen aus einer Kindheitsperspektive gezeigt. Andres Wood meint: „Kinder nehmen die Welt wahr, ohne das, was geschieht vollständig

zu werten oder einordnen zu können. Ich war mir über die Grenzen und Lücken völlig im Klaren. Aber der Film wäre überfordert, wenn ich die ganze chilenische Tragödie erzählt hätte.“ Diese Unvollkommenheit regt an, sich noch einmal genauer mit diesen Ereignissen zu befassen. Im Bücherschrank griff ich nach langer Zeit erneut zu Sergio Villegas erregender Reportage „*Das Stadion*“, die 1974 im *Verlag Neues Leben* erschien. Die alten Seiten des schmalen Bandes sind inzwischen etwas vergilbt. Der chilenische Journalist hatte den Augenzeugenbericht innerhalb weniger Wochen niedergeschrieben. In Szenen beklemmender Authentizität berichten Zeugen über den Putsch und den Terror der Junta, das hysterische Wüten des Pinochetregimes im Estadio Nacional. Mir kommen auch

Bilder eines vergessenen DEFA-Filmes in Erinnerung. Sein Titel: „*Blonder Tango*“ über einen in die DDR geflüchteten Exilchilenen Rogelio und seine nicht unproblematischen Alltagserfahrungen. Regie Lothar Warnecke. Premiere 1986. Damals viel diskutiert und heute vielleicht als Fernsehentdeckung auf *arte* möglich und wünschenswert. Der neue Film „*Machuca, mein Freund*“ erregte Aufmerksamkeit auf dem Festival von Cannes 2004 und er verdient Nachdenklichkeit und Betrachtung im derzeitigen deutschen Kinospieleinerlei. Die Suche - welches Kino spielt ihn - wird natürlich nicht so ganz einfach sein, denn die geringe Kopienzahl und die nicht überbordenden finanziellen Möglichkeiten des kleinen Tiberius-Verleihs, setzten da leider sehr enge Grenzen.

Die Bücher des Lehmstedt Verlages fügen sich mehr und mehr zu einem farbenreichen Kaleidoskop Leipziger Kulturgeschichte, wobei interessante Querverbindungen zwischen ganz unterschiedlich angelegten Publikationen entstehen. So waren zwei besonders aussagekräftige Briefe von Max Schwimmer aus dem Jahr 1945 bereits in der Dokumentation *Leipzig in Trümmern* zu finden. Nun begegnen sie dem Leser in dem Band *Max Schwimmer. Briefe und Tagebücher* als Teil einer aus Briefen und persönlichen Aufzeichnungen gebildeten großen Autobiographie des berühmten und beliebten Malers und Zeichners in einem anderen aber nicht weniger interessanten Zusammenhang. Inge Stuhr, langjährige Betreuerin des Max-Schwimmer-Nachlasses in der Leipziger Stadtbibliothek, hat eine umfangreiche Auswahl von Selbstzeugnissen des Künstlers aus der Zeit zwischen 1915 und dem Todesjahr 1960 zusammengestellt. Entstanden ist so ein äußerst lesenswertes Buch, eine wichtige Ergänzung zu der 1981 als Veröffentlichung der Akademie der Künste der DDR von Magdalena George herausgegebenen großen Bild-Monographie. Beide Publikationen eignen sich vorzüglich zu einer parallelen Lektüre: Der neue Band erschließt auf vertiefte Weise Lebensumstände und Persönlichkeit Schwimmers, der alte zeigt, welche künstlerischen Resultate hieraus hervorgegangen sind. Dies gilt einmal und ganz besonders für die ebenso sensible wie intensive Sinnlichkeit des

Eine lebendige Kulturgeschichte

Künstlers als Quelle und Antrieb seiner Kunst. Sie tritt vor allem in den Briefen an seine zweite Ehefrau Ilske auf eruptive, alle kleinbürgerlichen Hemmungen durchbrechende Weise hervor. Von hier aus erklärt sich auch die Meisterschaft seiner erotisch spielerischen Buchillustrationen, deren „kecke Moralität“ selbst den alten Thomas Mann stark beeindruckt hat. Nicht weniger aufschlussreich sind die zeit- und kulturgeschichtlichen Aspekte der Briefe und Aufzeichnungen Schwimmers. Das Hafttagebuch vom Mai 1919, als der junge Lehrer wegen „kommunistischer Betätigung“ von Soldaten des General Maercker verhaftet worden war, belegt den Ausgangspunkt für sein lebenslanges, aus christlicher Ethik erwachsenes linkes Engagement: „Ich mag mich nicht satt essen, wenn ich andre hungern sehen muß. Dies alles sind für jeden, der sich auf sein reines Menschsein besinnt, der daran denkt, daß einmal ein Christus gelebt hat, der alles dies anstrebte, Momente der Erkenntnis, daß wir einem besseren, menschlicheren Dasein für alle Menschen zustreben müssen.“ Konsequenz daraus war Schwimmers Wirken im Umkreis der Arbeiterbewegung vor 1933, vor allem als Pressezeichner für die *Leipziger Volkszeitung* und den *Kulturwillen*, was beim Macht-



antritt der Nazis den Verlust seines Lehramts an der Kunstgewerbeschule, Ausstellungsverbot und weitgehende Isolierung zur Folge hatte. Die Briefe an den befreundeten Kunsthändler Peter Hattesen belegen die auch materiell äußerst schwierige Lage des Künstlers in den folgenden Jahren. Schließ-

lich musste er 1944 noch Soldat werden. „Wir sind ohne jedes Recht und werden wie Nichtse behandelt“, heißt es im ersten Brief aus dem Ausbildungslager an Ilske. Durch die Bombenangriffe von Dezember 1943 und Februar 1945 wurde zudem die Leipziger Wohnung des Ehepaars erst zum Teil, dann völlig zerstört. Umso beeindruckender, mit welchem Elan Max Schwimmer den Neuanfang nach der Befreiung vom Faschismus genutzt hat. Trotz Mangel an fast allem

(besonders an den für ihn so wichtigen „Drogen“ Kaffee und Zigaretten) ist er künstlerisch und politisch äußerst aktiv. Er weiß, der „zeitabgewandte Künstler ist heute eine komische Figur“, und wird im Dezember 1945 Mitglied der KPD. Seine Briefe aus dieser Zeit lassen eine Aufbruchstimmung lebendig werden, die für das Verständnis der Nachkriegsgeschichte von größter Bedeutung ist. Bald aber trüben die Erfahrungen mit dem beginnenden Kalten Krieg das Bild. 1949 fürchtet er für seine Hoffnungen auf ein antifaschistisches und demokratisches Gesamtdeutschland „so lange wir keinen Frieden haben und die Spannungen zwischen den Besatzungsmächten auf unserem Rücken ausgetragen werden“. Als Vertreter einer realistisch-figurativen bildenden Kunst, die auf den Errungenschaften der Moderne des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts aufbaut, gerät er Anfang der 50er Jahre in Konflikt mit der aus der Sowjetunion übernommenen dogmatischen Realismuskonzeption. 1951 wird eine Leipziger Ausstellung Schwimmers Anlass zu einer Kampagne gegen ihn, die ihm die Stelle an der hiesigen Akademie für Graphik und Buchkunst kostet. Zwar erhält er ein halbes Jahr später als Leiter der Abteilung Grafik an der Dresdner Hochschule eine neue Lehr-

aufgabe und wird im Oktober 1952 zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Künste in Berlin gewählt, aber die in seiner Vaterstadt erfahrene Kränkung hat ihn schwer getroffen. Bewundernswert, mit welcher inneren Freiheit er allen Widrigkeiten zum Trotz in seinem letzten Lebensjahrzehnt sein einmaliges Werk als Buchillustrator einer immer labiler werdenden Gesundheit abgerungen hat. 1958, zwei Jahre vor seinem frühen Tod, erlebt er noch einen großen Erfolg auf einer Ausstellung in London und schreibt an Ilske: „Meine Arbeiten werden sehr bewundert. [...] Ich fange an, beinahe an mich selbst zu glauben.“ Dem Lehmstedt Verlag und der Herausgeberin ist zu danken, dass mit dem neuen, gerade rechtzeitig zu Schwimmers bevorstehenden 110. Geburtstag vorgelegten Buch die Erinnerung an einen bedeutenden Leipziger Künstler nicht nur wachgehalten, sondern auf sehr lebendige Weise mit einem halben Jahrhundert Zeit- und Kulturgeschichte verbunden wird. Dass der Kommentarteil dabei nicht alle Wünsche des interessierten Lesers befriedigt – Selbstverständlichkeiten werden mitunter mehrfach erklärt, dafür fehlt manche Hintergrundinformation – schmälert dieses Verdienst nicht wesentlich, sollte aber bei weiteren ähnlichen Projekten bedacht werden • **KLAUS PEZOLD**

Max Schwimmer: Briefe und Tagebücher. Hrsg. von Inge Stuhr. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2004. 24,90 Euro

Radikale Zivilisierung der Marktwirtschaft

Wolfgang Engler, bereits mit zwei Büchern als kritischer Beobachter und scharfsinniger Analytiker sozialer Prozesse hervorgetreten, (*Die Ostdeutschen*, 2000, und *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, 2004), geht in seinem jüngsten Buch an das brisante Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit unter philosophischen Aspekten mit weitgefächerten Fragestellungen heran, bezieht dabei historische Verläufe und internationale Erfahrungen ein, letztlich aber stets mit Blick aufs heutige Deutschland und seinen Osten. Indem der Autor in klar gegliederten Gedankenschritten (nach einem bildhaften Einstieg folgen sechs Kapitel mit 44 Paragraphen und 283 Abschnitten) die Beziehungen von Gesellschaft, Mensch und Arbeit soziologisch und ideologiegeschichtlich bis hin zu ihren aktuellen Erscheinungsformen analysiert, kommt er zu radikalen Ansätzen. Im Hintergrund aller Überlegungen steht die Frage, die der Autor so formuliert: „Können ... starke Gewerkschaften im Verein mit sozialen Bewegungen und einer kritischen Öffentlichkeit der

Kapitallogik nach der taktischen Zivilisierung nicht auch noch zur strategischen verhelfen?“ Und im Schlussabschnitt fasst er zusammen: Unser Land, wie alle Länder, brauche eine Verteidigung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Lebens. Von den Regierungen, die sich fast überall in den Händen der Eigentümer befinden, vom Staat, sei dabei nichts zu hoffen. Die Umkehr können nur von den verbündeten Einzelnen ausgehen: „Der Umsturz der vom Staat sanktionierten Wirtschaftsgesellschaft beginnt im Kopf...“ Er versagt es sich, diesen Ansatz zu konkretisieren, bietet aber gewichtige Überlegungen dafür. Der Autor untersucht detailliert, wie die Beziehung von Arbeit und Freiheit geistesgeschichtlich reflektiert wird und seziert den Begriff Arbeit und das soziale Beziehungsgeflecht, in das Arbeiter und Angestellten im heutigen Kapitalismus gestellt sind: den Wandel im Charakter der Erwerbsarbeit, die Veränderung in den betrieblichen Strukturen und der Weltwirtschaft. Und er erinnert an Erfahrungen

aus der Zeit des Sozialismus. Auf der Suche nach Auswegen aus der heutigen Zwangslage hebt er zwei hervor: Schaffung von Arbeit für möglichst viele sowie Senkung der Arbeitszeit bzw. Existenzsicherung ohne Erwerbsarbeit. Er bewertet die Versuche, letzteres konkret auszugestalten (Grundeinkommen / Bürgergeld als Sozialdividende oder negative Einkommenssteuer) und hebt dabei den Fortschritt gegenüber der diskriminierenden Sozialhilfe hervor. Ein über die Kernthematik zunächst hinausgehendes Kapitel behandelt Wandlungen im konservativen Reformismus und die Krise der Sozialdemokratie sowie den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Die Lösungsworte Gleichheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit prüft der Autor auf ihre Tauglichkeit und misst sie an der rauen Realität. Dass das Buch weithin der historischen Dimension der Thematik nachgeht, schafft es eine solide philosophische Grundlegung, andererseits werden sicherlich Leser enttäuscht, die konkrete Lösungswege erwart-

ten. Da der Autor meist auf konkrete ökonomische Daten verzichtet, sich auch kaum auf politische Programme und dgl. bezieht (Agenda 2010, Hartzgesetze, Konzepte und Handeln von Parteien, Gewerkschaften usw.) bedarf die Radikalität des Herangehens an die Thematik noch der Umsetzung in tragfähige politische Konzepte. Im letzten Kapitel allerdings zeichnet er ein auch stärker durch Fakten beschriebenes Zeitbild, das die reale Ausgangslage und – am Beispiel von Dr. Sinn – die ideologischen Barrieren für Veränderungen veranschaulicht. Englers Denkrichtungen auf den Spuren von Marx gehen über die mehr oder weniger utopischen und spekulativen Überlegungen linksbürgerlicher Philosophen und Soziologen deutlich hinaus. Sie können bei der Konzipierung von Strategien für die langfristige Gestaltung von Arbeitswelt und Sozialpolitik, verstanden als ein langer Prozess, fruchtbar gemacht werden. • **GÜNTER LIPPOLD**

Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Aufbau-Verlag, Berlin 2005. 416 Seiten, 19,90 Euro

Tipp zur Jugendweihe

Ein Bändchen mit Jugendweiheschichten. Verschiedene Generationen und unterschiedliche Blickwinkel erlauben interessante Ein- und Aussichten: Zu Wort kommen Wolfgang Methling, Friedrich Schorlemmer und Gregor Gysi. Ein unterhaltsames Kaleidoskop. • **D. M.**

Dirte Clemens: Bloß nicht stolpern, Geschichten zur Jugendweihe. BS Verlag, Rostock 2005, 90 S., 8,30 Euro

Ossis und Wessis

Eine längst fällige Abrechnung unter den Brüdern und Schwestern der größer gewordenen Republik. In neun Kapiteln zeichnen die Autoren schonungslos die Befindlichkeiten über „Ihr im Osten“ wie „Ihr im Westen“ nach und ziehen Bilanz. Nicht lieblos, nicht belehrend oder gar gehässig. Das Paperback wurde mit entsprechenden Karikaturen von Dieter Hanitzsch und Klaus Stuttmann illustriert.

• **K.-H. W.**

Michael Jürgs / Angela Elis: Typisch Ossi – Typisch Wessi. C. Bertelmann Verlag, 2005 304 S., 14,90 Euro

KALENDERBLATT

Schlussoffensive im April/Mai 1945

Die sowjetische Offensive im Frühjahr 1945 erstreckte sich vom Oderhaff bis zur Biber-Neiße-Platte – ein Abschnitt von über 300 Kilometern. Für die von drei Fronten vorgetragene Operation standen, einschließlich der 1. und 2. Polnischen Armee, 2 500 000 Mann, 6250 Panzer, 41 600 Geschütze, Granatwerfer und Selbstfahrlafetten sowie 7500 Kampfflugzeuge zur Verfügung. Abzusehen war, dass die letzten Schlachten des 11. Weltkrieges zwischen der Oder und der Reichshauptstadt Berlin geschlagen werden würden.

Für den Kampf auf dem Wege nach Berlin kam dem Oderbruch, das, von Frankfurt an der Oder im Süden bis Oderberg im Norden reichend, eine Länge von etwa 70 und eine Breite von 12 bis 15 Kilometer hat, entscheidende militärische Bedeutung zu. Das Oderbruch wurde zum größten Schlachtfeld des zweiten Weltkrieges in Europa auf deutschem Boden.

Als Angriffsschwerpunkt galten zunächst die Seelower Höhen, die mit der in unmittelbarer Odernähe vorspringenden Reitweiner Höhe die Oderniederung beherrschte. Am 16. April 1945, 3.20 Uhr MEZ, eröffnete die sowjetische 1. Belorussische Front mit einem Artilleriefeuer in bis dahin nicht erlebter Feuerdichte und einer Dauer von 30 Minuten sowie unter Verwendung von 143 Flakscheinwerfern zur Blendung des Gegners und zur Ausleuchtung des noch dunklen Schlachtfeldes die Schlussoffensive der Roten Armee gegen das faschistische Dritte Reich. Danach gingen die Truppen zum Sturmangriff über. Im Kampf um die Seelower Höhen fielen am 16. und 17. April nach eigenen Angaben 33 000 sowjetische Soldaten, auf deutscher Seite 12 000 Mann. Erst am Abend des 19. April war die Schlacht endgültig beendet.

Während der Gesamtoperation in der Zeit vom 16. April bis zum 8. Mai hatte die Rote Armee Verluste von insgesamt 352 474 Mann, davon 78 291 Gefallene. Die polnischen Armeen verloren 8852 Mann, davon 2825 Gefallene. Nach dem Krieg wurde am östlichen Stadtausgang von Seelow eine Stätte der Erinnerung an die Seelower Schlacht errichtet. Das sich dort befindliche Ehrenmal wurde – ebenso wie das in Küstrin, unmittelbar am Oderufer, und das im Berliner Tiergarten – vom bekannten Moskauer Bildhauer Lew Kerbel geschaffen.

• KURT SCHNEIDER



Der letzte Widerstand am Völkerschlachtdenkmal ist gebrochen.



Gefangennahme deutscher Soldaten am Straßenbahnhof Angerbrücke

Das Kriegsende in Leipzig

Wer sich über die Befreiung Leipzigs vom Faschismus durch amerikanische Truppen informieren will, für den hat der Lehmann Verlag ein Buch vorgelegt (*Gerhard Steinecke: Drei Tage im April. Kriegsende in Leipzig. 285 Seiten, 14,90 Euro*), das mit authentischen Informationen für einen breiten Leserkreis bestens geeignet ist.

Während zwei Drittel aller faschistischen Divisionen in heftigsten Kämpfen der Roten Armee gegenüberstanden, war im Frühjahr 1945 offenbar geworden, schreibt Steinecke, dass die deutsche Westfront keine Widerstandskraft mehr besaß und der Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs nur noch von der Marschgeschwindigkeit der alliierten Verbände abhängig war. Unter diesen Bedingungen war die Einnahme Leipzigs, in der präzisierten militärischen Hauptstoßrichtung liegend, zu einer Voraussetzung für die angestrebte Vereinigung mit den sowjetischen Truppen geworden. Zugleich erklärte Eisenhower als Oberkommandierender: „Auf diesem Wege würden unsere Truppen ein weiteres wichtiges Industriegebiet erreichen, das wichtigste, das den Deutschen nach dem Verlust der Ruhr und von Oberschlesien noch verblieben war.“ Dennoch war zu beachten, dass vor allem durch den Erlass des Reichsführers der SS vom 12. April 1945 über die rücksichtslose Verteidigung jeder Stadt und jedes Dorfes allerorts tödliche Gefahren lauerten. Steinecke schildert den Vorstoß der amerikanischen Infanteriedivisionen mit 28 000 Mann und 250 Geschützen in das mitteldeutsche Gebiet und das System der Verteidigungsmaßnahmen in und um Leipzig sowie den gleichzeitigen Versuch der NS-Machthaber, verbrecherische Spuren ihrer Taten zu verwischen, so z.B. bei der Leipziger Gestapo mit der Aktion „Aktentod“. Dem galt die am 13. April um 23.50 Uhr erfolgte Sprengung des Verwaltungsgebäudes der HASAG mit dem berichtigten Geheimbüro, wodurch 80 Prozent aller Akten

beseitigt wurden.

Doch nicht nur Akten, sondern vor allem lebende Zeugen der Naziverbrechen sollten systematisch vernichtet werden. So wurden am 12. April am Rande des Exerzierplatzes Lindenthal 52 politische Gefangene, die im Polizeigefängnis Wächterstraße einsaßen, durch die Gestapo mittels Genickschuss ermordet. Unter den 21 deutschen Opfern, die alle aus Leipzig stammten, zählten u.a. „die mit Carl Goerdeler befreundete Historikerin Dr. Margarete Bothe, Rechtsanwältin Dr. Johannes Fritzsche sowie die Kommunisten Alfred Kästner und Paul Küstner“. Eine namentliche Aufstellung der Ermordeten findet sich in einer Arbeit von

Klaus Hesse, auf die der Autor hinweist.

Am 13. April wurden zwischen 10 und 11 Uhr in der Kaserne des 11. Infanterieregiments an der Planitzstraße 32 Todeskandidaten verschiedener Nationalität standrechtlich erschossen. Am 18. April geschah das grausame Massaker von Abnandorf, bei dem über 100 Häftlinge bei lebendigen Leibe verbrannten. Diese bestialische Schrecklichkeit wurde zum Beweisdokument Nr. 2430-PS im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. G. Steinecke, der über diese und andere Tötungsverbrechen berichtet, informiert zugleich in knappen Worten über die Auflösung der insgesamt

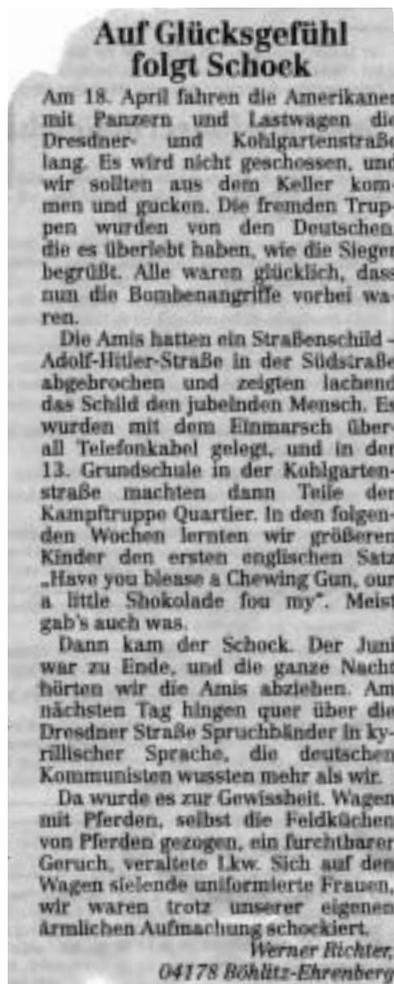
gedruckt und im Lokal „Grüne Eiche“ im Ergebnis einer Beratung des NKFD beschlossen, der amerikanischen Militärregierung den Antifaschisten Paul Kloß (KPD) als OBM der Stadt Leipzig vorzuschlagen.

Detailliert schildert der Autor den Ablauf des Einzugs der amerikanischen Militäreinheiten in die Vororte und einzelnen Stadtteile, lässt den Leser diese Tage und Stunden miterleben. Am 20. April zogen auch in Leipzig-Schönefeld amerikanische Truppen ein. Um 10 Uhr war der Kampf um das Völkerschlachtdenkmal beendet. Gegen 14 Uhr wurde der Flughafen Wiederitzsch besetzt. Zwei Stunden später rückten von Eilenburg her amerikanische Truppen in Taucha ein. Die Einnahme Leipzigs war damit nach rund 60 Stunden beendet. Die Verluste waren glücklicherweise auf beiden Seiten relativ gering. Steinecke beziffert die deutschen Verluste für die Zeit vom 17. bis 20. April auf höchstens 240 Personen, die der Amerikaner auf rund 20 Tote, drei Panzer und zwei andere Militärfahrzeuge.

Statt den vom NKFD vorgeschlagenen Paul Kloß als OBM einzusetzen, wurde am 23. April der nicht antifaschistisch hervorgetretene Rechtsanwalt Dr. Hans Vierling berufen. Mit dem Verbot des NKFD durch die Besatzungsmacht kam es sogar zu bis 350 vorübergehenden Verhaftungen. Diese und andere Entwicklungen trübten beträchtlich das Bild des Befreiers vom Faschismus. Der Autor, der einen kurzen Ausblick auf die Zeit danach gibt, überschreibt daher diesen Abschnitt des Geschehens mit der Frage: „Befreier oder Eroberer?“. Er überlässt das Urteil dem Leser.

Bildmaterial vom Kriegsende in Leipzig und chronologisch geordnete Berichte von 36 Zeitzeugen, ein Orts- und Personenregister sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis ergänzen leserfreundlich die empfehlenswerte Darstellung.

• KURT SCHNEIDER



In solchen Erinnerungen sielte sich die LVZ am 30. März. Zum Glück hatten die Sowjets keine Chewing guns, sondern richtige Waffen für ihren Sieg.



Von
KLAUS HUHN

Man erzählt sich so allerhand in der Leipziger Sportszene. Zum Beispiel, dass die Geschäfte um das Stadion blühen. Eingeweihte kennen die Konstellationen: Ein Mann besitzt das Stadion, der sich Gewinn versprochen hatte, aber bald dahinterkam, dass es doch keine Goldgrube ist. Also handelt der Mann lieber weiter mit Filmen, statt mit Fußballzuschauern, denn mit den Filmen hat er schon ein Vermögen gemacht hat. Einen Käufer für das Stadion – ließ er rundum verbreiten – habe er längst gefunden. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass der Deal noch Zahlungen aus der Stadtkasse erfordert. Und die werden bei der konstanten Ebbe dort nur mühsam lockerzumachen sein.

Damit uns niemand vorwerfen kann, wir würden Gerüchte verbreiten, zitiere ich vorsichtshalber die sich immer kundig gebende Leipzigerin Grit Hartmann, die in der „Berliner Zeitung“ schrieb: „Leipzig hätte Grund, die vorösterliche Einigung mit dem Unternehmer Gerald Wagener als Ende einer Passionsgeschichte zu feiern. Doch der städtische Sportdezernent Holger Tschense gab sich nach der Verhandlung mit dem designierten Stadionbesitzer verhalten: ‚Auf gutem Wege‘ sei die Sache, sagte er, eine Stadtratsvorlage sei in Arbeit. Die Zurückhaltung liegt an einer Zahl: Rund zwei Millionen Euro pro Jahr soll die Stadt zuschießen, damit Wagener das Stadion, die Mehrzweckhalle Leipzig Arena und die Festwiese wirtschaftlich betreiben

kann. Das wären rund 700 000 Euro mehr, als die Stadt an den jetzigen Besitzer Michael Kölmel zahlt. Aber Leipzig soll das Geld zurückbekommen. ‚Über garantierte Rückflüsse‘, sagt Wagener, der die tatsächliche Mehrbelastung auf maximal 300 000 Euro beziffert. Auch diese ist eher virtuell, denn sie fließt als Mindestbetrag in einen Sportförderfonds. Profitieren würden Sportarten, die in der Arena zu Hause sind: Handball, Volleyball oder Leichtathletik. Auch den Fußball-Viert-

mal, sie könnten eher steigen. Trotzdem: Sport frei!

Um dem möglichen Verdacht zu entgehen, dass ich hier auf einer der PDS nahestehenden Zeitung politische Populistik verbreite, zitiere ich rasch noch eine Zeitung, die in München erscheint und völlig unverdächtig ist, in linkem Fahrwasser zu kreuzen. Die „Süddeutsche“ hatte ihren Lesern am 24. Februar mitgeteilt: „Der Kanzler und seine Getreuen erhoffen sich, ähnlich wie einst Helmut Kohl, von der Fußball-

und hat alle wissen lassen, dass man für Ordnung sorgen werde. Vor ihm hatte das schon „Kaiser Franz“ seinem Gefolge verkündet, aber was kann der schon tun, außer „Schaun mer mal“ babbeln? In der allgemeinen Aufregung wurden einige Institutionen erwähnt, die ich – immerhin noch ein „Neu-Bundesbürger“ – bisher gar nicht kannte: „Besonders bedenklich werden die Vorfälle dadurch, dass sie absehbar waren. Bereits am 7. März hatte die Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) beim Landeskriminalamt in Düsseldorf die örtlichen Behörden schriftlich darauf hingewiesen, dass ‚Fans‘ der so genannten Kategorien B (bei Gelegenheit gewaltgeneigt) und C (zur Gewalt entschlossen) zum Länderspiel anreisen würden. Danach erfolgten noch zwei Warnungen durch die ZIS und den Sicherheitsbeauftragten des DFB. Offenbar wurden diese Hinweise aber nicht hinreichend gewichtet.“

Die Vokabel „Hinweise“ ist eine charmante Untertreibung. Man setzte mich immerhin auf diesem Umweg in Kenntnis, dass beim Landeskriminalamt Düsseldorf eine „Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze“ existiert. (Ich möchte nicht versäumen, zu betonen, dass ich die Aktivitäten von randalierenden Fans nachdrücklich missbillige!) Und diese Zentrale führt offensichtlich nicht nur eine Loseblattsammlung über Stadion-Randalierer, sondern eine Datenkartei über alle auffälligen Sportfans. Und die sind in der Datei nach B und C (siehe oben) sortiert und werden – wie das Beispiel Celje ahnen lässt – nicht nur rund um die Uhr beobachtet, sondern auch im Hinblick auf ihre Reiseziele – mir fällt kein anderes Wort ein – überwacht. Das kann zwar nützlich sein, gab mir aber dennoch zu denken. War die DDR nicht der Polizeistaat? Und wissen möchte ich – aus purer Neugier –, wie heutzutage jene Personen bezeichnet werden, die die Information liefern, wohin sich Fußballfan X demnächst auf den Weg macht. Mir kam in den Sinn: Auch „Informant“ ließe sich IM abkürzen ...

Wer diese Hinweise auf die untergegangene DDR als Nostalgie bezeichnet, irrt.

Sportkolumne

Über Geschäfte, Wahlen, IM – und natürlich Fußball

ligisten FC Sachsen. der mit städtischem Geld über Wasser gehalten wurde, möchte der Krefelder in höhere Ligen sponsern. Für 15 Jahre soll der Deal gelten – danach kann die Stadt das Stadion zum Schnäppchenpreis übernehmen...“ Hier mache ich mal Schluss, denn wenn von „Schnäppchen“ die Rede ist, werde ich misstrauisch. So weit ich die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge begreife, besitzt Leipzig nun zwar ein modernes Stadion, hat aber allerhand „Partner“ mit in dem Stadionboot zu sitzen, die weniger dem Treiben auf dem Rasen als ihre Konten im Auge haben ...

Ins Bild gesetzt wurde ich nebenbei auch noch: „am 10. April will sich Wolfgang Tiefensee als Oberbürgermeister wiederwählen lassen. So etwas befördert ja gelegentlich die Fähigkeit, den Wert einer guten Nachricht zu erkennen.“ Der Zusammenhang ist leicht auszumachen, aber es fällt nicht so ganz leicht, ihn zu erklären oder gar herauszufinden, ob die Kosten für das Stadion nun steigen oder fallen. Nach den derzeitigen Erfahrungen denke ich

WM einen Stimmungsschub für die Bundestagswahl, die nur wenige Wochen später ansteht: Ist die deutsche Elf erfolgreich, rückt das Land zusammen – und im Zweifel hinter den Kanzler. Seit Monaten beratschlagen die rot-grünen Strategen, wie sie das Ereignis für den Regierungschef, aber auch für Deutschland nutzen können. Im Kern der Überlegungen steht eine Werbekampagne, wie es sie noch nie gegeben hat.“

Man reibt sich die Augen und glaubt im falschen Film zu sitzen: Die Nutzung von Sport für politische Ziele war doch bislang das unantastbare Monopol der DDR und dort natürlich der SED. Und nun wird man belehrt, dass schon Kohl ein Fußballfest für seine Wiederwahl missbrauchte und der jetzige Kanzler hinter der Zahl der deutschen Tore die der fünf Millionen Arbeitslosen verstecken möchte? „Nit mööööglich!“ Stören könnten solche Pläne allerdings Typen wie die, die in Celje mit Feuer warfen und Sitzplätze randalierend in Stehplätze verwandelten. Und deshalb ist inzwischen auch Innenminister Schily auf der Fußballbühne erschienen

Schiedsrichterskandal in der DDR, Spieler gekauft?

... Mitte der Siebziger piff ich mich in die DDR-Liga, das war vergleichbar mit der heutigen 2. Bundesliga. 1975 hatte ich dann mein erstes echtes großes Endspiel ... Es war das Bezirkspokalendspiel. Gleich anschließend kam die alljährliche Spartakiade ... Die Spartakiade 1975 fand in Berlin statt und mich nominierte man für das Endspiel der Schülermannschaften. Da trafen damals die Teams aus Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg aufeinander. Das Endspiel stieg in der Berliner Wuhlheide, dort, wo der 1. FC Union Berlin spielt. Ich war furchtbar aufgeregt und wollte natürlich alles richtig und gut machen.

... Für die schreibende Zunft, die über dieses Endspiel ausführlich berichtete, war vorher eigentlich alles klar – Neubrandenburg, der Newcomer, der Underdog, dürfte ohne Chance sein gegen die seit Jahren Talente hervorbringenden Karl-Marx-Städter. Zumal dort bekanntermaßen viele Leistungszentren für fußballbegeisterte Jungen waren. Eine klare Sache also.

Auf dem Platz war von der in den Medien angekündigten Überlegenheit allerdings nicht viel zu spüren. Nach Ende der regulären

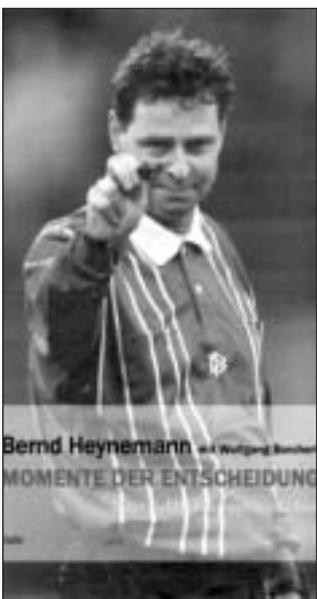
Spielzeit stand es unentschieden 1:1 ... Kurz bevor auch die Verlängerung ergebnislos zu Ende ging, zeigte ich auf den Elfmeterpunkt – Strafstoß für Karl-Marx-Stadt nach einem Foul! Schon als der Pfiff noch gar nicht verklungen war, merkte ich, das war ein Sch...elfmeter. Es war zwar ein Körperkontakt vorausgegangen, aber ein wirkliches Foul war es eben nicht. Mein Pfiff kam einfach zu schnell. Ich überlegte sogar eine Sekunde, dem Schützen zwanzig Mark anzubieten, damit der vorbeischießt! Fehler tun weh. Und sie machen einsam. Besonders einen Schiedsrichter. Der Junge aus Karl-Marx-Stadt verwandelte, die Sachsen gewannen am Ende tatsächlich durch diesen mehr als zweifelhaften Elfmeter mit 2:1. Die Karl-Marx-Städter Sieger freuten sich natürlich riesig, aber der Dumme war ich. Sogar, und das war besonders schlimm, vor mir selbst.

Damals lernte ich, meine Gefühle ernster zu nehmen, auch und gerade beim Pfeifen. Wenn man nämlich pfeift und konzentriert bei der Sache ist, spürt man intuitiv, ob eine Entscheidung richtig ist oder nicht. Und bei diesem Endspiel hatte ich deutlich gespürt, ich treffe

gerade eine Fehlentscheidung. Dennoch hatte ich nicht die Kraft, mich da noch irgendwie herauszubringen. ... Dieser nicht berechnete Elfmeter wurde auch von den Verantwortlichen für das Schiedsrichterwesen in der DDR genauestens registriert und ausgewertet – wahrscheinlich kostete mich diese Fehlentscheidung einige Jahre auf dem Weg der Qualifikation zur DDR-Fußballoberliga. ...“

Der, der dies 30 Jahre später gesteht, ist Bernd Heynemann, heute CDU-Bundestagsabgeordneter und Schiedsrichterbeobachter beim DFB. Er leitete in seiner fast 30-jährigen Schiedsrichterlaufbahn eine Unmenge von Fußballspielen, darunter 98 in der DDR-Oberliga und 151 in der Bundesliga. Dazu kommen etliche Einsätze als Schieds- oder Linienrichter im Rahmen des Europacups, der Championsleague, von Europa- und Weltmeisterschaften.

Bernd Heynemann ist zu jeder Zeit mit beiden Beinen am Boden geblieben. Er wird noch heute in den Stadien als Schiedsrichter erkannt und von den Zuschauern freundlich begrüßt. Manchmal heißt es: „Bernd, aber heute anständig pfeifen!“ • RALF FIEBELKORN



Bernd Heynemann/Wolfgang Borchert: Momente der Entscheidung. Mitteldeutscher Verlag Halle, 240 Seiten, 18,50 Euro

Der Vorstand des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V. teilt mit:

Der Baudezernent des Landkreises Dahme-Spreewald hat sich dem Druck rechter Kräfte in der Landesregierung gebeugt und in einem amtlichen Bescheid die Genehmigung zum Abriss der Gedenkstätte in Ziegenhals erteilt. Damit kann der Eigentümer der Immobilie, der Leiter der Oberen Bauaufsicht im Land Brandenburg und fachlicher Vorgesetzter des Baudezernenten, das national und international bedeutende Denkmal, dessen Schutz im Jahre 2004 erst erweitert und durch Gutachten und Begründungen in Gerichtsurteilen in seiner Bedeutung gewürdigt wurde, zerstören und

Abriss der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte genehmigt

auf dem Gelände Privatvillen bauen lassen.

Es ist eine nationale Schande, dass einem Antikommunisten aus der rechten Ecke gestattet wird, das Gedenken an die Opfer der Nazibarbarei, an den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst Thälmann und an die letzte, historisch bedeutsame Tagung unter seinem Vorsitz, an der auch 29 ehemalige Reichstagsabgeordnete teilnahmen, derart in den Schmutz zu treten.

Mit Empörung und ernster Sorge müssen wir zusehen, wie sich der Neofaschismus in unserem

Land bis hinein in die Parlamente wieder breit macht. Wortreich geben Politiker, die in der BRD Macht ausüben, zwar vor, dagegen aufzutreten. Wie jedoch sehen die Taten aus? Lassen wir uns diese Heuchelei nicht länger bieten. Wir rufen alle Menschen, die diese Entwicklung nicht wollen, alle, die das antifaschistische Vermächtnis unseres Volkes bewahren und wach halten wollen, zum Protest auf.

Nachdem wir erfahren mussten, dass Antifaschismus, auch wenn er das Recht auf seiner Seite hat, sehr teuer geworden ist und die juristischen Möglichkeiten aus-

geschöpft sind, wurde uns erklärt, ein 2004 neu geschaffenes Gesetz zwingt den Landrat zu einer solchen Entscheidung.

Kommt am **17. April 2005, 10 Uhr zur Protestdemonstration in die Bahnhofstraße Königs Wusterhausen** (am Brunnen) und **anschließend zur Kundgebung um 11.30 Uhr in Ziegenhals**. Bringt Fahnen, Transparente und Flugblätter mit.

Jetzt kommt es darauf an. Es muss der machtvollste Protest seit Beginn des Kampfes um die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ werden. Protestiert schon jetzt bei allen an dieser mit Heuchelei

betriebenen Untat beteiligten Politikern, verbreitet die Wahrheit über die geplante Schandtat, wo ihr nur könnt.

Wir wollen zeigen, dass es uns ernst ist mit dem Antifaschismus und der Zurückdrängung der Neonazis.

Wer die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ in Ziegenhals vernichtet, hilft objektiv nur ihnen! Auf zur gemeinsamen Aktion!

Kontaktadresse:

Heinz Schmidt

Käthe-Kollwitz-Str. 23

15711 Königs Wusterhausen

Tel: 03375/290637

Spendenkonto: Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V.

Deutsche Bank Königs Wusterhausen, BLZ 12070024, Konto: 3302 254

Heute, also am 22. März, fasste ich den Entschluss, mich endlich um die Nachfolge meines Arbeitslosengeldes zu kümmern. Ich setzte mich in die Straßenbahn, solange ich mir das noch leisten kann. Gegen 11 Uhr kam ich an und trat durch das Tor der Arbeit.

Am Eingang empfing mich gleich eine Warteschlange, weil, wie auf der rechten Seite durch Plakate ausgewiesen, die Hinweisschilder „noch“ in Arbeit seien. Schnell stieß ich bis zur Theke vor, denn jeder fragte eh nur, wo er denn jetzt hinmüsse. Telefonisch läuft ja auf dem Arbeitsamt auch nichts mehr, entweder meldet sich niemand oder den Anschluss gibt es sogar nicht mehr.

Also ab in den Wartebereich in der 2. Etage. Dort stand wieder eine Schlange, die allerdings

Besuch beim Arbeitsamt

nicht so rapide abgearbeitet wurde wie die im Eingang. Nach einer halben Stunde stand ich dann vor dem Ausschnitt eines Schreibtisches.

Eigentlich sei ich ja mit meinem ALG II-Antrag viel zu früh, denn, so wurde mir gesagt, es würde ausreichen, in der Mitte des Monats, an dem der eventuelle Anspruch besteht, den Antrag zu stellen. Ende vorigen Jahres kam über die Massenmedien noch rüber, man sollte drei Monate vorher den entsprechenden Antrag stellen. Aber vielleicht ist es ja dem Arbeitsamt tatsächlich gelungen, seine Abarbeitungsgeschwindigkeit mehr als zu verdoppeln.

Inzwischen sah ich der Bearbei-

terin zu, wie ihre überlangen, mit zarten Farben belegten künstlichen Fingernägel die Tasten bearbeiteten. Mehrfingerschreibsystem ist selbstverständlich mit diesen Fingernägeln ausgeschlossen, aber das fällt nicht auf, da die junge Frau auch mit jeder von mir an sie gerichteten Frage zu ihrer Kollegin ging, um sich nach der Antwort zu erkundigen. Ja, wann ich denn nun den Antrag abgeben müsste? Sie möchte doch bitte das Abgabedatum auf das mir überreichte Formular schreiben. Aber das war auch eine derjenigen Fragen, die ich mir bei der Unkenntnis hätte selber beantworten können, nämlich gar nicht. Ansprechpartner gäbe es auch

nicht mehr und deshalb sollte ich doch die Hotline zum Ortstarif benutzen. Im übrigen werde das Arbeitsamt im Mai umstrukturiert und da würde sich alles wieder verschieben.

Als ich dann wieder daheim war, überlegte ich mir, wie ein solches geldfressendes Ungeheuer, genannt Arbeitsamt, anderen Menschen, nämlich den Arbeitslosen, Arbeit verschaffen soll. Ich habe noch nie in meinem Leben soviel Inkompetenz, Unfähigkeit, Demotivation, noch nie einen größeren Schlamperladen, als es das Arbeitsamt Leipzig darstellt, gesehen. Eines ist klar: Das Arbeitsamt Leipzig hat noch nicht einmal seine eigene Organisation im Griff und ist schon aus diesen Gründen vollkommen ungeeignet, Jobs zu vermitteln.

JOCHEN SINGER, LEIPZIG

Es geht um Macht

Der Papst ist gestorben. und alle Welt trauert. Vielleicht trauert sie wirklich. Denn Johannes Paul II., Karol Wojtyla, gab sich als ein Papst des sozialen Engagements, wenn er auch nicht viel ausrichtete. Seine Weltreisen auch in die ärmsten Länder hat er schließlich nicht aus reiner Reiselust unternommen. Er machte Solidarität auf seine Weise (Solidarnocz auch). Vielleicht, weil er seine Laufbahn als Berufskatholik im „kommunistischen“ Polen begonnen hat und doch ein bisschen angesteckt war von der sozialistischen Idee, er, der erzkonservative Antikommunist, der er blieb.

Wahrscheinlich toben die Kämpfe um die Nachfolge im Vatikan schon längere Zeit. Es geht schließlich um Macht!

E. FRITZ, LEIPZIG

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

VIEL ZU KURZ WAR DIE GELEGENHEIT, die Anne-Frank-Wanderausstellung in der Bayerischen Staatskanzlei zu besuchen. Der Werbung nach sollte es sich hier um eine „pädagogisch wertvolle“ Multimedia-Ausstellung handeln, die nach dem Motto „Jugendliche führen Jugendliche“ speziell für die heranwachsende Generation konzipiert worden war (ich kündigte sie so leider auch in LN an). Was den Besucher tatsächlich erwartete, war indes enttäuschend: Auf einer zwölf Quadratmeter großen Fläche waren vier Multimediawände im Quadrat aufgestellt. Der jugendlichen Computergeneration sollte historisches Erleben mit multimedialen Gestaltungselementen vermittelt werden. Im Mittelpunkt jeder der vier Multimediawände befand sich ein von Hunderten Fotos eingerahmter Monitor, auf dem je nach Motiv entsprechende Dokumentarfilme abließen – auf dieser kleinen Fläche in einer Lautstärke, die es unmöglich machte, sich auf eine dieser Dokumentationen zu konzentrieren, geschweige denn, sich mit den Filmen an einem der integrierten Computer näher zu befassen. Einzig sehenswert war die Wand zur Geschichte der Familie Frank vor dem Hintergrund der jüdischen

Geschichte. Ansonsten alles wie gehabt: Kein Wort von der verhängnisvollen Liaison von Wirtschaft und Industrie im „Dritten Reich“, keine Erwähnung der Verbrecher in den Banken und Großkonzernen, jener Kriegstreiber und Kriegsgewinnler, die jedes Mittel bis hin zur „Vernichtung durch Arbeit“ zur Profitmaximierung nutzten; keine Erwähnung, dass die meisten dieser Verbrecher in der Bundesrepublik nicht nur ihre üppigen Pensionsansprüche – zum Teil nach deutschem Beamtenrecht – verprassen konnten, sondern dass etliche von ihnen bis in die achtziger Jahre hinein hohe staatliche Ämter und Würden bekleideten. Statt dessen wird der Neofaschismus von heute verharmlosend als Protestverhalten einiger jugendlicher Wirkköpfe dargestellt, ohne auf die sozialen Ursachen auch nur ansatzweise einzugehen. Es ist schon erstaunlich, wie viel geschichtliche Verfälschung auf 12 Quadratmetern Ausstellungsfläche möglich ist. Dass die Sowjetunion bis zum Kriegseintritt der USA (!) mittels Geheimvertrag auf der Seite Hitlerdeutschlands gestanden hätte, ist schon so peinlich und plump, dass sich eine ernsthafte Auseinandersetzung eigentlich erübrigt.

Versuch einer Ausstellung ... Feinkalk ... „Klirr“ oder „Plopp“?

Fazit: Die Anne-Frank-Ausstellung war eine große Chance, der nachfolgenden Generation historisches Wissen und geschichtliches Bewusstsein leicht verständlich und emotional ansprechend zu vermitteln. Die Macher dieser Ausstellung haben diese Chance gründlich vertan.

MÜNCHENS OBERBÜRGERMEISTER UDE (SPD) hat es schon seit langem gewusst: Verursacher der Feinstaubbelastung der Münchner Luft sind die 500 000 Pendler, die täglich nach München strömen (müssen), um ihrem Broterwerb nachzugehen. Dass die rapid anwachsende Schadstoffbelastung eher eine Folge der konzeptionslosen Verkehrspolitik des Bundes ist (Stichwort Maut: Es ist billiger und obendrein kürzer, über den Mittleren Ring in München Fernziele wie den Brenner oder Stuttgart anzusteuern als über die voll gestopften Autobahnen; die Brummis und eine immer größer werdende Pkw-Flotte mit Dieselmotor bleiben vorerst ohne Ruß-Filter) und dass sie die Schwäche der Umweltbehörden gegenüber der Wirtschaft widerspiegelt, übersieht Ude geflissentlich. Eine wahrhaft zündende Idee indes hatte Bayerns Umweltminister Schnappauf (CSU): Während sich kürzlich weitere Tage mit

einer Überdosis Feinstaub an der Landshuter Allee (bekannt für seinen Straßenstrich) ankündigten, ließ Schnappauf verbreiten, München möge die „schmutzige Meile“ mit häufigem Kehren unter Benutzung von Wasser sauber halten. Das Baureferat, zuständig für die Straßenreinigung, war darüber etwas verdutzt: Die Landshuter Allee werde fünfmal pro Woche nass mit Kehrmaschinen bearbeitet. Die Landeshauptstadt hat wohl nicht nur mit dem Feinstaub ein Problem, sondern auch mit Feinkalk, der aus so manchem bayrischen Politikerhirn zu rieseln scheint. AN DEN STAMMTISCHEN ist ein neuer Glaubenskrieg ausgebrochen. Darf das Oktoberfestbier künftig in Maßkrügen aus schlagfestem Kunststoff ausgetrunken werden? Ein Auslöser der Diskussion waren die Verluste, die die Wiesn-Wirte durch den massenhaften Diebstahl der Maßkrüge alljährlich einstecken müssen. „Plopp, plopp“ statt „klirr, klirr“ beim Anstoßen? Die Zahl der „Experten“ ist riesig. Was die einen als vernünftige Lösung ansehen, ist für die anderen ein Kulturschock, da Bruch mit jahrzehntelanger urbayrischer Tradition. Und den dritten ist's eh wurscht, Hauptsache, das Bier schmeckt.

Ihr Matze

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN



Dienstag, 12. April, 15.30 Uhr, Dresden
Aktuelle Sichten im heutigen Russland auf den „Großen Vaterländischen Krieg“, Mit Prof. Dr. Horst Schützler, Professor für Geschichte der Sowjetunion, Berlin. In Zusammenarbeit mit der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 13. April, 19 Uhr, Dresden
Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre: „Um outro mundo é possível/ Another World is possible/ Eine andere Welt ist möglich!“ Mit Katja Kipping, MdL, Stellv. PDS-Vorsitzende, Sprecherkreis Netzwerk Grundeinkommen „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion **Leipzig im April 1945**. Mit Dr. Dieter Kürschner, Militärgeschichtler, Leipzig ***
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: **Befreiung Sachsens durch die Alliierten**. Mit Prof. Dr. sc. Karl-Heinz Gräfe, Freital ***
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Montag, 18. April, 19.30 Uhr, Dresden
 Veranstaltungsreihe „Zu HARTZ IV und Sozialabbau: Wir haben Alternativen“: Wollen Sie Ihren Arbeitsvertrag nach tschechischen Standards abschließen? **Bolkenstein-Richtlinien für Dienstleistungen in der EU** – welche Auswirkungen auf die Stadt wird es geben? Mit Frank Fischer, ver.di Bezirk Dresden-Oberelbe, und Werner Schmiedecke, attac Dresden, u. a. Moderation: Roman Kales, AZ Conni, Dresden. In Zusammenarbeit mit attac und Bündnis gegen Sozialkahlschlag Dresden ***
 Haus an der Kreuzkirche 6

Dienstag, 19. April, 18 Uhr, Leipzig
 Podiumsgespräch zum 60. Jahrestag der Befreiung **Zeitzeugen der Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkrieges**. Es diskutieren: Dr. Lothar Poppe, Dr. Bernhard Lenk und Christian Zapf. Moderation: Dr. Kurt Meyer
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 20. April, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: **Kommune – Eine gelebte Utopie**. Mit Mark Scheibner und Martin Seeburg, TU-Chemnitz.
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 20. April, 19 Uhr, Leipzig
 Filmabend mit anschließender Diskussion **GlobALE 2005: The Coconut Revolution**. Regie: Dom Rotheroe, GB 1999, 50 min. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig ***
 Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

Mittwoch, 20. April, 19 Uhr, Dresden
Einsteins Weitsicht – Zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Religion. Mit Prof. Dr. Herbert Hörz, Präsident der Leibniz-Sozietät TU Dresden, Hörsaalzentrum Bergstr. (HSZ), Bergstr. 64

Donnerstag, 21. April, 17.30 Uhr, Leipzig
Zur historischen Osteuropaforschung im späten 19. und 20. Jahrhundert in Leipzig. Mit Dr. Volker Hölzer und Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Leipzig ***
 Harkortstr. 10

Freitag, 22. April, 20.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag, Dias, Gespräch **„Ich will wirken in dieser Zeit“: Zum 60. Todestag von Käthe Kollwitz am 22. April 1945**. Mit Julia Blume, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. In Zusammenarbeit mit Frauenkultur e. V. Leipzig ***
 Frauenkultur e. V., Windscheidstr. 51

Freitag, 22. April, 17.30 Uhr, Chemnitz
 Film, Vortrag und Diskussion: **Ich war 19**, 17.45–19.15 Uhr; **Die Befreiung Berlins**, 19.15–21 Uhr. Mit dem Offizier der Roten Armee Wladimir Gall ***
 TU-Chemnitz, Hörsaal C 104, Reichenhainer Str. 70

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Der VVN-BdA führt am **9. April** eine Gedenkveranstaltung für die am 3. April 1945 in Lindenthal ermordeten 33 sowjetischen, 11 polnischen und 9 deutschen Antifaschisten durch und ruft alle Bürger Leipzigs auf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.
Treffpunkt: 9.40 Uhr, Lindenthal, Karl-Marx-Platz bzw. 10 Uhr an der Gedenkstätte.
 An der Veranstaltung nehmen der russische und der polnische Generalkonsul sowie der Leipziger Oberbürgermeister teil.

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

13. 4., 10 und 14 Uhr (letztmalig): Kuller räumt auf – ab 3 Jahre

16. 4., 19 Uhr (letztmalig): Spiel mir das Lied vom Peng! Jugendtheater-Western – ab 13 Jahre

19. und 20. 4., 10 Uhr (letztmalig): Enkel für einen Tag oder Die geklaute Kamera – ab 6 Jahre

Aktive Senioren

Wanderungen

12. und 21. 4., Wanderung nach Heüterblick. Treffpunkt: 9 Uhr, Haltestelle Theodor-Heuss-Str., Linien 7, 8 (Paunsdorf)

14. 4., Wanderung am Elster-Saale-Kanal nach Grünau. Treffpunkt 9.30 Uhr, Endstelle Linie 7 (Böhltz-Ehrenberg)

21. 4., Wanderung nach Brandis und Gerichshain. Treffpunkt 8.45 Uhr, Hauptbahnhof, zwischen den Schalterhallen

Kurse

13., 20. und 27. 4., 10 Uhr, Begegnungszentrum Döllingstr. 31: **Tendenzen der internationalen Malerei und Grafik des 20. Jahrhunderts**

Jeden Montag 9.15 Uhr, Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str. 152, Raum 203: **Malen und Zeichnen bei den Aktiven Senioren** – frei wählbare Mal- und Zeichentechniken für Einsteiger und Geübte.

Jeden Dienstag 9 Uhr, Begegnungszentrum Döllingstr. 31: **1x wöchentlich Entspannung durch Kunst**

Jeden Dienstag 9 Uhr, Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str. 152: **PC-Kurs für Anfänger**

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. 10a, 04103 Leipzig, statt.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistr. 10a
 Straße des 18. Oktober 10a

14. 4., 19 Uhr, Kabarett der Aktiven Senioren: **Kultur ist (keine) K(G)unst.** Eintritt: 4,50 Euro

15. 4., 19 Uhr: Videoabend für junge Leute

21. 4., 14 Uhr, Offenes Café mit Thema: **Probleme im Alter? Nicht mit PRO WOHNEN**

23. 4., 16 Uhr, Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen: **Wettlauf zwischen Hase und Igel.** Eintritt: 2,50 Euro

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruherstraße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Initiative Christliche Linke

11. 4., 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig. Prof. Dr. Kurt Meier: **Völkischkirchlicher Neuanfang in der Sowjetischen Besatzungszone**

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

21. 4., 16.30 Uhr, Vortrag: Prof. Dr. Siegfried Bönisch **Machen Medien dumm? Probleme der Bildung**

Lofft

Leipzig, Lindenauer Markt

9. 4., ab 17 Uhr: Lindenauer Nacht
20. 4., 20 Uhr: Set VIII: Avanti Cat
22. und 23. 4.: 9 mm
24. 4., 14 und 17 Uhr: Die zertanzten Schuhe

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht.
 Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ
 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Das wäre vielleicht dem Doctor Samuel Hahnemann seinerzeit nicht passiert: dass ich binnen Jahresfrist drei Spezialisten beschäftigen musste, die mir mit aufwändigen Methoden und High-Tech-Geräten Medikamenten-Nebenwirkungen, wie sich jeweils herausstellte, diagnostizierten. Die erste, Leukämie-Verdacht, erkannten die Hämatologen letztlich als nicht krankhafte Blutbildveränderung, ausgelöst vom wassertreibenden *Spiro comp.* Die zweite, eine vermutete Gastritis oder Schlimmeres, war in der Tat ein Nebeneffekt des billigen Aspirin-Präparates *Herz-*

ASS (statt des teureren Aspirin protect), wie Gastroenterologen unter Einsatz von Ultraschall und Magensonde eruierten. Letztlich habe ich wegen gelegentlichen Zitterns der Hände ein laufendes Verfahren mit Verdacht auf nahenden Parkinson. Doch die Packungsbeilage von *Delix*, das ich seit Jahren gegen Bluthochdruck nehme, weist neben 1001 anderen Nebenwirkungen aus: „Tremor“ (Zittern).

Hahnemanns Idee „Ähnliches wird durch Ähnliches geheilt“ oder: *Die Dosis entscheidet* war für die meisten Ärzte seiner Zeit so revolutionär – oder sagen wir innovativ –, dass sie ihr nicht folgten. Ein Traditionsbewusstsein, das wohl Ärzten jeder Generation eigen ist, bis zur heutigen. Doch Hahnemann hat sich ein eigenes Gebäude der medizinischen Wissenschaft errichtet, das nur durch Ignoranz, nicht durch Widerlegung oder Misserfolg im Schatten blieb.

Der aus Meißner gebürtige Hahnemann kommt zwanzigjährig an die Leipziger Medizinische Fakultät, ist unzufrieden mit den Studienbedingungen, denn er sieht hier keine Patienten, ist dann als unruhiger Geist in vielen Orten auf der Suche nach einem Wirkungsfeld, das ihn



Samuel hilf!

Der Vater der Homöopathie (sächsisch: Hämöpadie), der mit Leipzig eng verbundene Samuel Hahnemann, hat am 10. April 250. Geburtstag

befriedigt, und auf der Suche nach neuen Wegen, die Leiden von Kranken zu beheben und zu lindern. Er betreibt vielfältige naturwissenschaftliche Forschungen, sammelt Erfahrungen als Privatassistent in Wien und als Hausarzt in Rumänien, noch bevor er sein Studium in Erlangen beendet. Die eigene Praxistätigkeit ist weniger erfolgreich, aber die Fachwelt schätzt seine Forschungen. Seine Studien lassen ihn

an der mittelalterlich geprägten orthodoxen Schulmedizin zweifeln, er lehnt sie bald völlig ab, was tiefgehenden Streit mit seinen Fachkollegen auslöst. Seine Erkenntnisse (1796), dass Gifte in großer Verdünnung und abhängig vom Grad der Verdünnung zu Heilmitteln werden, begründet die Homöopathie und erschüttert die herkömmlichen Lehren. Den Menschen sieht er stets als Ganzes. Neue Methoden erprobt er zuerst an sich selbst.

Leipzig kann sich nicht nur zur Ehre anrechnen, ein Hahnemann-Denkmal zu haben, sondern auch, dass die Mehrzahl seiner Schriften hier erschienen sind, darunter sein zusammenfassendes Hauptwerk, das „Organon der rationellen Heilkunde“ (1805).

Heutzutage glaubt man in nicht wenigen Ärzten und Apothekern und erst recht natürlich in der Pharma-Industrie tüchtige Geschäftsleute zu erkennen, die für jede Nebenwirkung ein Gegenmittel bereithalten (das auch Nebenwirkungen hat!). Natürlich ging's auch Hahnemann ums Honorar, aber mit durchaus sozialem Touch. An einen Kollegen schreibt er: „Wenn die Kranken zu Euch ins Haus kommen, müsst ihr sofort das Honorar verlangen. Wenn es 6 bis acht Groschen für die Armen sind, dann müssen es Taler für die Reichen sein.“

• HANNES BÜRGER

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Der Trabi ist immer mehr zum Liebhaberstück geworden. Vor zehn Jahren zählte das Kraftfahrzeugbundesamt noch 663 631 Trabis. Anfang dieses Jahres waren es noch 66 684. Ein Trabant von 1987 mit 55 000 Kilometer Laufleistung liegt bei 4500 Euro. LVZ 1. 3.

An Erkrankungen durch Feinstaubpartikel sterben in der BRD jährlich rund 65 000 Menschen. Zwei Messstationen in Berlin zeigen Werte über der EU-Norm an. Sie liegen an Hauptverkehrsstraßen. Die Werte in Köln liegen weit unter der Norm. Die beiden Messstationen dort liegen in Parkanlagen. ARD 17. 3.

Die Mainzer Bürger haben nicht einmal Bush-Zulage bekommen.

Denkst du, mit der CDU wird in der Wirtschaft etwas anders? Was soll denn jetzt noch kommen? Die Leibeigenschaft?

Kabarett im MDR-Fernsehen 18. 3.

Rund 20 000 Haushalte an der Pleiße (einschließlich eingemeindete Orte) heizen noch mit Kohle. Eine Kohlenhändlerin: „Wir merken die neue Armut. Es gibt Leute, ... die bitten, ihnen Kohle für zehn Euro abzuwiegen, weil sie nicht mehr Geld ha-

ben. Manche kommen ... erst im Dunkeln, damit keiner sieht, dass sie sich keine großen Mengen liefern lassen können. ... Vielfach betreffe es junge Leute oder Rentner, zunehmend auch Hartz-IV-Empfänger.“ LVZ 18. 3.

Zittau hat seit 1990 ein Drittel seiner Einwohner verloren.

In Senftenberg gibt es kein Kino mehr. Beides 3sat 19. 3.

Zweierlei wird der Mensch nie in den Griff bekommen: die Technik und seine Kinder.

Staatsbesuche sind eine Plage geworden. Der enorme Aufwand verdeutlicht, auf welchen abgehobenen Positionen sich die Politiker bewegen.

Die jährliche Zunahme von Vermögen ist so hoch wie die Hälfte der jährlichen Staatsverschuldung der BRD. Alles DLF 20. 3.

Die Wiedervereinigung hat die Probleme verschärft, die die alte Bundesrepublik auch ohne die Einheit hätte. Es ist ein Fehler, zu sagen, der Osten würde das Land runterziehen.

Wolfgang Schäuble, LVZ 21. 3.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Wanderungen durch Neufünfland

Obwohl wir uns im streckenweise noch dichten Berliner Grunewald wohl fühlen und eigentlich die märkischen Wälder als nächstes Ziel im Sinn hatten, vollzogen wir rapide eine Kehrtwendung und zogen havelaufwärts zur Spree und dann deren Ufern folgend in die City. Unser Ziel: das Paul-Löbe-Regierungsgebäude und dort vier vor deren Portal in die Spree gerammte „Dauben“. So nennt der Seemann die wuchtigen Stämme, an denen Ausflugsdampfer festzumachen pflegen. Unsere Neugier resultierte aus der Befürchtung, dass uns jemand im Grunewald einen Bären aufgebunden hatte. Berlins Glas-Dampfer-Reeder hatten die Dauben dort positioniert, um ihre Touristenschiffe künftig für kurzen Zwischenstopp anankern zu lassen. Nun warnt – weithin lesbar – ein Schild: „Anlegen verboten“. Nach einigem Herumfragen trafen wir einen Kundigen. Die Geschichte dürfte die Schildbürger in Vergessenheit geraten lassen. Ursprünglich wollte die Bundesregierung dort eine Anlegestelle installieren lassen, aber dann – wem wundert es? – fehlte das Geld dafür. Also sprangen die Reeder ein, aber als die schon die Stricke von ihren Schiffen abwerfen wollten, erschien das Landeskriminalamt auf der Bildfläche, rollte ein Bandmaß aus und ermittelte mit

kriminallistischer Akribie, dass die ankern den Schiffe mit dem Heck zwölf Meter in die „Sicherheitszone“ ragen, die das wertvolle Gebäude mit seinen noch wertvollen Insassen vor Attentaten bewahren soll. Umgehend schrieb das Landeskriminalamt an die Bau- und Raumkommission des Ältestenrats des Bundestages. Dort öffnete man den Brief und warf ihn nicht etwa in den nächsten Papierkorb, sondern ließ ihn auf Amtspapier abschreiben und schickte ihn dem Ältestenrat des deutschen Parlaments. Der hatte zwischen den Beratungen über all die nutzlosen Reformen noch

Dampfer und Berge

genügend Zeit, zu befinden: Die zwölf Meter gefährden Regierung und Land. Die Reeder fragten nach, ob das ernst gemeint sei, und erfuhren von denen, die für die Sicherheit des Staates (nicht zu verwechseln mit „Staatssicherheit“) zuständig sind, dass ein ankern des Schiff ein größeres Risiko darstellt als ein am Löbe-Haus vorbeibummelnder Fußgänger. Die Reeder erinnerten daran, dass täglich zahllose Schiffe dort vorüberschippeln, aber es blieb bei dem Verbot. Obwohl sonst prinzipiell Bahnen und Busse meidend, suchten wir schockiert die nächste Haltestelle, um wenigstens in den Tiergarten fliehen zu können und von dort in die Neufünflandwälder.

Wir kamen ins Sächsische und waren froh, dort nicht auch noch von verbotenen An-

legstellen zu hören. Das Thema dort galt dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Eine Zeitung verriet uns, wie es in Dresden in dieser Frage aufwärts geht. Genauer: mit den Zahlen geringfügig abwärts. Und vor allem: Dresden – so die „Sächsische Zeitung“ in einer knalligen Titelzeile – „ist besser als Kassel“! Hut ab vor den dortigen Journalisten. Die haben herausgefunden, wie man Optimismus verbreitet: Den Lesern wurde die Jubelbotschaft verkündet, dass die Arbeitslosenquote in Dresden bei 15,1 Prozent liegt, aber in Kassel bei 20,6! Ergo: Die „Ossis“ auf dem Vormarsch, eine Stadt in Neufünfland hat eine Stadt in Altwestland überholt.

Als einer aus der Runde Bier orderte, um darauf ein Glas zu leeren, wandte jemand ein, dass Hoyerswerda mit 24,9 Prozent beträchtlich über Kassel rangiere. Wir zischten ihn nieder. Es muss endlich Schluss sein damit, alles schlechtzureden! Als am Nebentisch einer wetterte, dass in Dresden die meisten Brunnen in der Stadt trockengelegt oder sogar umgebaut wurden, kam Schweigen auf. Zumal niemand für nötig befunden hatte, der Künstlerin, die den Pustebumen-Brunnen einst geschaffen hatte, auch nur einen Wink zu geben. Aber einem fiel dann ein, daran zu erinnern, dass diese Pustebume doch in den Jahren der DDR entstanden war und deshalb ... Wir flohen ins Elbsandsteingebirge und kletterten so hoch wie möglich.

• KLAUS HUHN



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062 E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. April
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. April